



www.laender-analysen.de/ukraine

PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL VOM 25. MAI RECHTSRADIKALE OST-UKRAINE MENSCHENRECHTSSITUATION

■ DOKUMENTATION		■ UMFRAGE	
Ergebnis der Präsidentschaftswahl vom 25. Mai 2014	2	Einheitsstaat vs. föderaler Staat	17
■ KOMMENTAR		Sprachsituation	18
Bittere Schokolade – Kann der Staatszerfall der Ukraine noch aufgehalten werden?	5	Die Ansichten der Bürger in der Südost-Ukraine (April 2014)	18
Von Dieter Segert, Wien		■ DOKUMENTATION	
■ ANALYSE		Ansprache von Rinat Achmetow vom 14. Mai 2014	24
Die ukrainische radikale Rechte, die europäische Integration und die neofaschistische Gefahr	7	Memorandum der Verständigung und des Friedens vom 20. Mai 2014	24
Von Anton Shekhovtsov, London, und Andreas Umland, Kiew		Die Menschenrechtssituation in der Ukraine	26
■ KOMMENTAR		■ CHRONIK	
Die Stimme des Donbass	12	12. – 25. Mai 2014	29
Von Kerstin Zimmer, Marburg			
Die Anführer der Separatisten in Donezk und Luhansk	14		
Von Oleg Kaschin, Moskau			

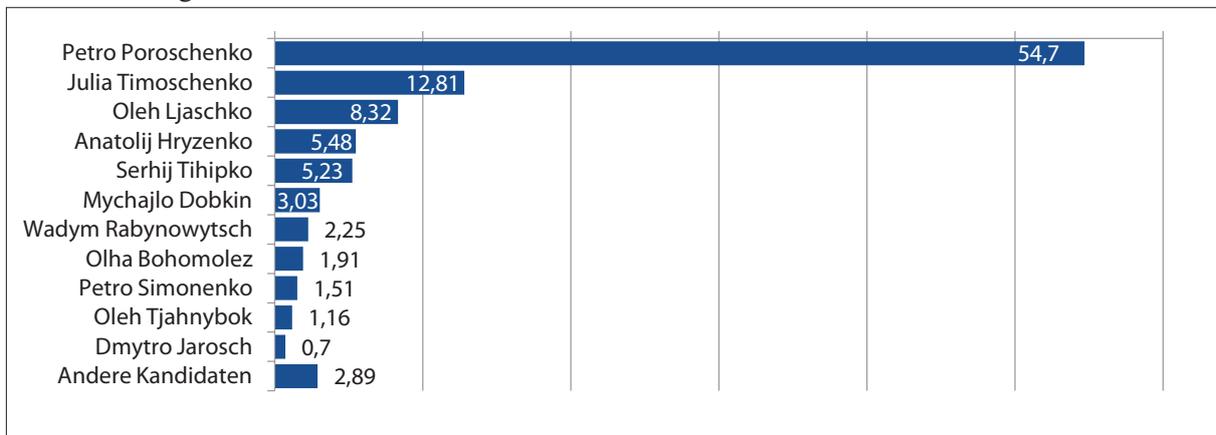


DOKUMENTATION

Ergebnis der Präsidentschaftswahl vom 25. Mai 2014

Ergebnis der Präsidentschaftswahlen vom 25. Mai 2014 ist, dass Petro Poroschenko, Oligarch und Politiker, der nächste Präsident der Ukraine sein wird. Zum ersten Mal in der ukrainischen Geschichte wird es keinen zweiten Wahlgang geben – 54,7% der Wähler haben Poroschenko unterstützt. Mit großem Abstand folgt Ex-Premierministerin Julia Timoschenko (12,81%). Die Wahlbeobachter haben die Wahlen, mit Ausnahme der Regionen Donezk und Luhansk, als frei und fair bezeichnet.

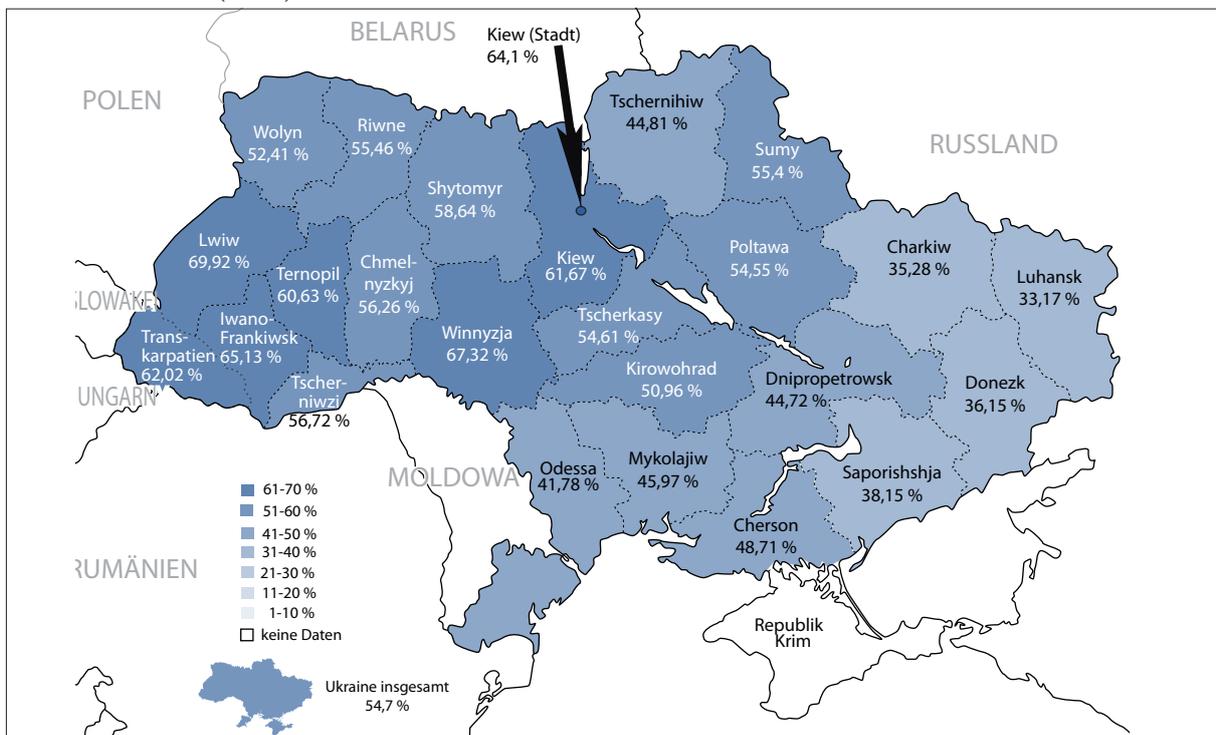
Grafik 1: Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine am 25. Mai 2014 (in %)



Stand 29. Mai nach Auszählung von 100 % der Stimmen.

Quelle: Zentrale Wahlkommission, <www.cvk.gov.ua>

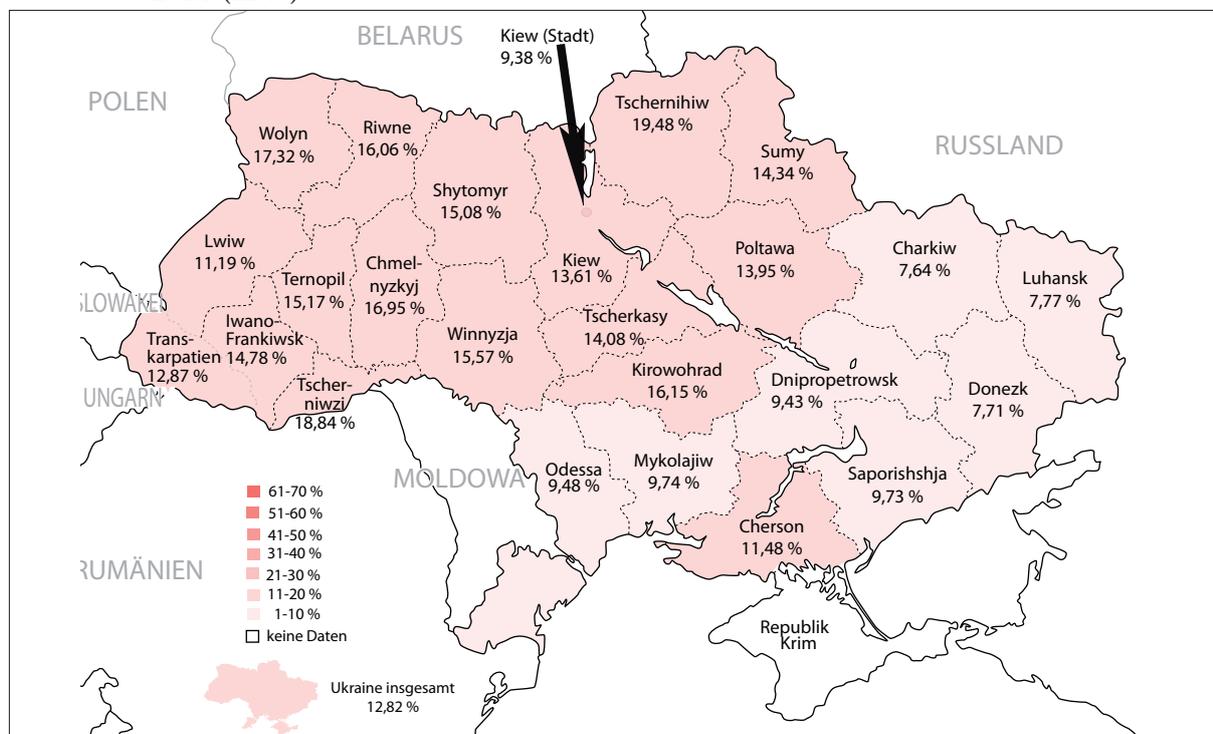
Grafik 2: Ergebnisse für Petro Poroschenko nach Regionen bei den Präsidentschaftswahlen 2014 (in %)



Stand 29. Mai nach Auszählung von 100 % der Stimmen.

Quelle: Zentrale Wahlkommission, <www.cvk.gov.ua>; Karte: <http://english.freemap.jp/blankmap/>

Grafik 3: Ergebnisse für Julia Timoschenko nach Regionen bei den Präsidentschaftswahlen 2014 (in %)



Stand 29. Mai nach Auszählung von 100 % der Stimmen.

Quelle: Zentrale Wahlkommission, <www.cvk.gov.ua>; Karte: <<http://english.freemap.jp/blankmap/>>

Tabelle 1: Ergebnisse für einige Kandidaten nach Regionen bei den Präsidentschaftswahlen 2014 (in %)

Region	Petro Poroschenko	Julia Timoschenko	Serhij Tihipko	Mychajlo Dobkin	Petro Simonenko	Oleh Tjahnybok
Winnizja	67,32	15,57	1,68	0,47	0,64	0,84
Wolynien	52,41	17,32	1,9	0,43	0,47	1,92
Dnipropetrowsk	44,72	9,43	10,53	4,74	3,22	0,82
Donezk	36,15	7,71	19,59	6,81	4,34	0,7
Shytomyr	58,64	15,08	3,55	0,61	1,21	1,15
Transkarpatien	62,02	12,87	3,14	2,07	0,56	1,26
Saporishshja	38,15	9,73	13,74	5,98	4,15	0,74
Iwano-Frankiwsk	65,13	14,78	0,57	0,11	0,19	1,8
Region Kiew	61,67	13,61	2,16	0,43	0,6	1,12
Kirowohrad	50,96	16,15	4,09	1,32	1,5	1,39
Luhansk	33,17	7,77	15,74	8,02	5,43	0,78
Lwiw	69,92	11,19	0,83	0,11	0,22	1,16
Mykolajiw	45,97	9,74	13,11	4,31	3,72	0,83
Odessa	41,78	9,48	18,57	3,85	3,83	0,9
Poltawa	54,55	13,95	4,26	1,38	1,38	1,23

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Ergebnisse für einige Kandidaten nach Regionen bei den Präsidentschaftswahlen 2014 (%) (Fortsetzung)

Region	Petro Poroschenko	Julia Timoschenko	Serhij Tihipko	Mychajlo Dobkin	Petro Simonenko	Oleh Tjahnybok
Riwne	55,46	16,06	2,1	0,28	0,56	1,69
Sumy	55,4	14,34	4,18	2,01	1,64	0,95
Ternopil	60,63	15,17	0,69	0,11	0,17	1,87
Charkiw	32,27	7,64	8,54	26,25	2,65	0,61
Cherson	48,71	11,48	10,31	2,67	3,41	0,98
Chmelnitzki	56,26	16,95	2,05	0,6	0,77	1,64
Tscherkasi	54,61	14,08	2,18	0,51	0,78	1,28
Tscherniwzi	56,72	18,84	2,7	0,43	0,75	1,26
Tschernihiw	44,81	19,48	3,76	1,16	1,3	0,94
Kiew (Stadt)	64,1	9,38	3,26	0,69	0,78	1,21
Ukraine	54,7	12,82	5,23	3,03	1,51	1,16

Stand 29. Mai nach Auszählung von 100 % der Stimmen.

Quelle: Zentrale Wahlkommission, <www.cvk.gov.ua>

Lesetipp:

Die Kandidaten für die Präsidentschaftswahl am 25. Mai 2014 (Dokumentation), Ukraine-Analysen Nr. 131/14 vom 08.04.2014, S. 2–3, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen131.pdf>>.

Berichte der Wahlbeobachtungsorganisationen:

- International Election Observation Mission, Ukraine — Early Presidential Election, 25 May 2014 <<http://www.osce.org/odihr/elections/ukraine/119078?download=true>>
- ENEMO Statement of Preliminary Findings and Conclusions Ukraine Early Presidential Elections, 25 May 2014 <http://www.enemo.eu/press/Ukraine2014/ENEMO_preliminary%20statement_Presidential%20elections_Ukraine2014_eng.pdf>
- CANEOM preliminary report on the Early Presidential Elections in Ukraine, 25 May 2014 <<http://caneom.ca/wp-content/uploads/2014/05/CANEOM-25-May-Preliminary-Report.pdf>>
- Mission statement of the European Platform for Democratic Elections (EPDE), 27 May 2014 <<http://www.epde.org/en/newsreader/items/mission-statement-of-the-european-platform-for-democratic-elections.html>>
- Presidential Election in Ukraine: Summary of observation conducted by OPORA, 27 May 2014 <<http://oporaua.org/en/vybory/vybory-prezydenta-2014/article/5696-vybory-prezydenta-ukrajiny-pidsumky-sposterezhennja-opory>>
- Committee of voters of Ukraine: Preliminary Evaluation of Voting and Vote Tabulation for the Early Presidential and Local Elections in Ukraine on May 25, 2014 <<http://www.cvu.org.ua/eng/nodes/view/type:news/slug:25-2014111111>>

Bittere Schokolade – Kann der Staatszerfall der Ukraine noch aufgehalten werden?

Von Dieter Segert, Wien

Die Demonstrationen und Proteste auf dem Kiewer Maidan wurden als zweiter Frühling der Demokratie in der Ukraine (nach der Revolution 2004) gedeutet. In der Medienberichterstattung stand seit der Annexion der Krim die Politik Russlands gegenüber der Ukraine im Mittelpunkt. Aus meiner Sicht ist das zentrale Problem der Ukraine allerdings weder das eine noch das andere, sondern der Staatszerfall. Gelingt es, die abschüssige Fahrt eines zerfallenden Staates zu bremsen und möglichst auch gänzlich aufzuhalten?

Zerrüttung des Staates als Hauptproblem

Nach meiner Einschätzung sind die imperialen Ambitionen Russlands ebensowenig das Hauptproblem der Ukraine wie die der USA. Und: Demokratie ist ohne funktionierenden Staat nicht zu haben. Gerade diesen Staat aber plagen innenpolitische Widersprüche und schwerwiegende Probleme: Es existiert immer noch jene Entfremdung von politischer Klasse und Bevölkerung, die ich bereits vor sieben Jahren in meinem Kommentar in den Ukraine-Analysen Nr. 22/2007 konstatierte. Die grassierende Korruption der Politiker und Verwalter des Staates ist eine wesentliche Grundlage jener Entfremdung. Die alltäglichen Sorgen der Bevölkerung sind für die politische Klasse dagegen bisher immer zweitrangig gewesen (oder wurden in populistischer Manier instrumentalisiert). An Wendepunkten der Macht wechselten jeweils Parlamentsabgeordnete in großer Zahl von der Opposition zur neuen Regierung – so wie auch dieses Mal die Hälfte der Vertreter der Partei Janukowitschs (Partei der Regionen) nach dem 23. Februar 2014. Jene Fixierung der Repräsentanten des Staates allein auf die engen eigenen Interessen hat auch nach der Bildung der provisorischen Regierung Turtschinow/Jazenjuk nicht aufgehört. Es gibt zwar ein paar Hoffnungszeichen für eine Änderung, wie das Gesetz über die Lustration der Richter von Anfang April, es sind aber nicht sehr viele.

Ein Ausdruck jener Situation ist der politische Einfluss politisch ambitionierter Unternehmer (der »Oligarchen«), der seit Februar nicht geringer geworden ist. Gerade ist einer von ihnen (Poroschenko) im Bündnis mit einem anderen, noch reicheren (Firtasch), zum neuen Präsidenten gewählt worden. Die »Lichtgestalt« der deutschen Medien, Witalij Klitschko, hat bei ihrem Bündnis bekanntlich aktiv mitgewirkt. Die gegenwärtige Regierung setzte, obwohl sie behauptete, dem Maidan-Protest gegen Korruption und Selbstbereicherung nahe zu stehen, Anfang März zwei weitere reiche Unternehmer in Dnipropetrowsk und Donezk als Gouverneure ein.

Weiterhin herrscht eine rhetorische Aufrüstung im öffentlichen Diskurs vor: die politischen Gegner werden als Terroristen bezeichnet. Die andere Seite antwortet, indem sie die Regierung als Junta denunziert, die durch einen Putsch an die Macht gekommen sei. Die jeweilige Staatsanwaltschaft bedroht – vor und nach der Ablösung Janukowitschs – Gegenspieler der Macht inflationär mit Gerichtsverfahren. Die partikularistischen Bestrebungen der Ostukrainer werden als Terrorismus bezeichnet und man organisiert eine »Antiterror-Aktion« dagegen. Dann behauptet man, an einem Runden Tisch interessiert zu sein, an dem aber sollen zwar alle aus West und Ost sitzen – nur nicht die »Terroristen«. Aber wer vertritt in diesem Fall legitimerweise den Osten? In ähnlicher Weise behauptet der amtierende Ministerpräsident, für ein Referendum über die Dezentralisierung des Staates zu sein, allerdings ließe sich jenes nicht regional verwirklichen, weil die Verfassung es nicht zulasse: Warum aber wird dann eine solche Verfassungsänderung nicht einfach vorgenommen? Und schließlich gilt der Einsatz von militärischer Gewalt in innenpolitischen Auseinandersetzungen als brauchbares Machtmittel, nicht nur in der »Volksrepublik Donezk«. Eine ATO (Anti-Terror-Operation) wurde sowohl von Janukowitsch als auch seitens der Regierung Turtschinow/Jazenjuk gestartet. Ich meine allerdings, dass militärische Gewalt in der innenpolitischen Auseinandersetzung keine Lösung ist, sondern Teil des Problems.

Alles das – die politische Entfremdung der Repräsentanten von der Gesellschaft, die Nutzung des Staates als Beute der Politiker und ihres Anhangs im Staatsapparat, die Nutzung fragwürdiger Mittel für die Niederhaltung des politischen Gegners – zerrüttet den Staat. Dazu kommt eine seit den Jahren der Orangen Revolution gepflegte geschichtspolitische Mobilisierung gegeneinander: Der Westen hegt seine Verwurzelung im ukrainischen Nationalismus der Zwischenkriegszeit, der Osten ist offen für die nationalistische Mobilisierung seitens des russischen Staates, in welcher das Erbe des »Großen Vaterländischen Krieges«, der Sieg über das nationalsozialistische Deutschland und die russische Identität und Kultur im Zentrum stehen. Den notwendigen Rahmen für ein einheitliches Gemeinwesen schafft man so sicher nicht.

Die Gefahr eines Bürgerkrieges in der regional zerklüfteten Gesellschaft

Währenddessen gibt es Anzeichen eines beginnenden Bürgerkrieges. Damit meine ich nicht etwa nur den von mir bereits verurteilten Einsatz militärischer Gewalt für

politische Ziele, sondern auch die Mobilisierung von Teilen der Bevölkerung gegeneinander. Das Gegeneinander politischer Mobilisierung hat in Teilen der Bevölkerung bereits Wurzeln geschlagen, wie z. B. während der Ereignisse in Odessa am 2. Mai 2014 sichtbar wurde. Seit dem 23. Februar sind in der Ukraine 150 Menschen bei Auseinandersetzungen verschiedener Art gestorben, wie der englische »Guardian« am 25. Mai 2014 gemeldet hat. Auch der Einsatz der Nationalgarde und bewaffneter Milizen, die vom Gouverneur von Dnipropetrowsk, Kolomoiskyj, finanziert werden, zählen für mich zu den bedrohlichen Anzeichen eines Bürgerkriegs. Die Nationalgarde besteht zu großen Teilen aus bewaffneten Gruppen des Maidan. Sie steht der Bevölkerung im Osten zumindest nicht mit Verständnis gegenüber.

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen entwickeln sich vor dem Hintergrund einer regional zerklüfteten Gesellschaft. Man kann das an den Umfragen der letzten Woche zu einer Vielzahl von politisch-symbolischen Fragen gut sehen. Egal ob es um eine NATO-Mitgliedschaft des Landes, den angestrebten Beitritt zur EU oder zur Eurasischen Zollunion oder aber die Frage nach dem Status von Russisch als zweiter Amtssprache (s. Grafik 1 auf S. 18) geht, die Antwortverteilungen in verschiedenen Regionen des Landes fallen sehr unterschiedlich aus. In einer Umfrage des Rasumkow-Zentrums von Ende April 2014 waren zwar 67% der Befragten im Westen und 47% im Zentrum, aber nur 16% bzw. 15% der Befragten im Süden und Osten für eine NATO-Mitgliedschaft. Und befragt danach, ob man zwischen Westen und Osten politische u. a. Widersprüche und wirtschaftliche Ungleichgewichte wahrnimmt, antworteten im Westen nur ca. 20% zustimmend, im Süden hingegen fast 50%, im Osten waren es 36%, allein im Donbass dagegen 57%. (Vgl. die entsprechende Umfrage in den Ukraine-Analysen Nr. 132/2014, S. 19) Auch die Wahlbeteiligung am 25. Mai war in den verschiedenen Gebieten der Ukraine unterschiedlich und nicht nur im Donbass niedrig, sondern auch im Osten und Süden und auch in Transkarpatien.

Drängende Aufgaben des Präsidenten

Die Präsidentschaftswahlen haben zur Instabilität und den Zerfallserscheinungen in der Ukraine zumindest ebenso sehr beigetragen, wie ihre Ergebnisse den Staat eventuell stabilisieren können. Wohin sich die Waage neigt, ist noch nicht klar. Destabilisierend war etwa die populistische Anpassung des aussichtsreichsten Kandidaten an die öffentliche Meinung des Westens und des

Zentrums des Landes, indem er, bezogen auf die Autonomiebestrebungen der Bevölkerung des Donbass – so wie auch die Regierung –, nur von »Terroristen« sprach. Und Poroschenko nutzte auf seinen Kundgebungen einen Slogan, der im Westen sehr populär ist und auch auf dem Maidan häufiger zu hören war, der aber trotzdem nicht hilfreich für einen gesamtukrainischen Konsens ist: »Ruhm der Ukraine – den Helden Ruhm«. Dieser Ruf schallte auf dem Maidan und auch auf den Kundgebungen von Poroschenko im Westen des Landes, er war aber auch die Parole der nationalistischen UPA in der Zwischenkriegszeit.

Diese kritische Lageeinschätzung soll nicht heißen, dass ich dem neuen Präsidenten nicht zutrauen würde, den Zerfall des Staates aufzuhalten. Er ist von der Hoffnung der Menschen auf einen Neuanfang in der Politik ins Amt getragen worden. Sie wussten dabei, dass Poroschenko kein unbeschriebenes Blatt ist. Er war nicht nur sowohl unter Juschtschenko als auch unter Janukowitsch Minister, er trägt auch Verantwortung für das Auseinanderbrechen der Orangen Koalition im Laufe ihres ersten Jahres 2005. Aber sie vertrauen wohl auf seine Bereitschaft, in der Krise zu lernen.

Für die Stabilisierung des Staates ist allerdings mehr nötig als dieser persönliche Lernprozess des »Schokoladenkönigs«. Der Präsident muss, wie im Wahlkampf versprochen, sein wirtschaftliches Imperium an andere übergeben, seine Rolle als »Oligarch« ablegen. Erforderlich ist jedoch v. a. eine gründliche Reform der politischen Institutionen des Landes. Die Kontrolle der Bürgergesellschaft über die Politik muss gestärkt werden, die staatliche Verwaltung dezentralisiert. Das geht nur im Ergebnis einer echten Verfassungsdebatte. Zudem müssen sich die Parteien radikal demokratisieren, um nicht mehr nur ein Instrument ihrer Führungseliten zu bleiben. Das alles sind alte Forderungen der letzten zehn Jahre. Dazu kommt, dass ein ernsthaftes Gespräch mit Repräsentanten der östlichen und südlichen Ukraine endlich begonnen werden muss. Das zumindest hat Poroschenko in der Wahlnacht versprochen. Eine vorgezogene Neuwahl des diskreditierten Parlaments ist ebenfalls geboten.

Nicht alles jedoch hängt von ukrainischen Akteuren ab. Notwendig ist auch ein Beitrag der internationalen Gemeinschaft. Das Minimum ist: Die Ukraine darf nicht mehr in eine Entscheidung für das eine und gegen das andere internationale Lager gedrängt werden. Nur dann wird sich das Land von einem Rammbock des Westens oder aber Russlands gegen die jeweils andere Seite zu einer Brücke zwischen beiden Lagern entwickeln können.

Über den Autor:

Dieter Segert, Professor für Politikwissenschaft, Publikationen zu Geschichte und Erbe des Staatssozialismus und zu politischen Wandlungsprozessen des modernen Osteuropa. Jüngste Publikation: »Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert«, Wien: UTB 2013.

Die ukrainische radikale Rechte, die europäische Integration und die neofaschistische Gefahr

Vergleichende Betrachtungen zum parteipolitischen Ultrationalismus in der Ukraine

Von Anton Shekhovtsov, London, und Andreas Umland, Kiew

Im vergangenen Jahr begann die dritte postsowjetische Massenaktion zivilen Ungehorsams in der Ukraine – der Euromaidan. Dieser setzte die Bewegung »Ukraine ohne Kutschma!« von 2000/2001 sowie die so genannte Orange Revolution von 2004 fort. Seinen Anfang nahm der Euromaidan mit Protesten einiger weniger Tausend Kiewer Intellektueller und Studenten im Stadtzentrum Kiews Ende November 2013. Anlass war die Entscheidung der Janukowitsch-Administration, die für diesen Zeitpunkt geplante Unterzeichnung eines weitreichenden Assoziierungsabkommens mit der EU auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Die ursprünglich kleine Demonstration wandelte sich im Weiteren zu einer Massenbewegung, welche Millionen Ukrainer landesweit erfasste. Als die Regierung versuchte, die Proteste blutig niederzuschlagen, schlug der Aufruhr in Gewalt um, welche Dutzende Tote und Tausende, zum Teil schwer Verletzte forderte. Während der darauffolgenden drei Monate wandelten sich die Demonstrationen und Zusammenstöße auf dem Kiewer »Majdan Nesaleshnosti« (Platz der Unabhängigkeit) und in anderen Städten der Ukraine zu einer umfassenden gesellschaftlichen und politischen Revolution.

Politische Polarisierung und extreme Rechte

Im Verlauf des Wachstums und der Radikalisierung der Euromaidan-Proteste traten zwei rechtsextreme Bewegungen immer stärker in Erscheinung. Die bekanntere von ihnen ist die Partei Allukrainische Union »Freiheit« (Swoboda), welche lockere Verbindungen zu einigen außerparlamentarischen Randgruppen wie der C14 bzw. S14 (»Sitsch 14«) und der so genannten »Ukrainischen Aufstandsarmee« (UPA) unterhält. Der Titel der letztgenannten Minigruppe ist eine offensichtliche Anspielung auf die Bezeichnung der gleichnamigen teils befreiungsnationalistischen, teils faschistischen ukrainischen Partisanenbewegung, an deren antisowjetischer Rebellion der 1940er bis 1950er Jahre Hunderttausende Westukrainer auf die eine oder andere Art teilnahmen.

Während des Euromaidans hatten die Swoboda-Partei und ihre Verbündeten ihren Hauptstützpunkt im besetzten Gebäude der Kiewer Stadtverwaltung. Obwohl die Freiheits-Union ultranationalistisch ist und sich als kompromisslos patriotische Bewegung darstellt, nahm sie als Organisation offiziell nicht an den gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei teil. Stattdessen war Swoboda-Chef Oleh Tjahnybok, der schon an

der Granit-Revolution von 1990 und an der Orangen Revolution von 2004 beteiligt gewesen war, 2013/2014 einer der versiertesten und häufigsten Sprecher auf dem Unabhängigkeitsplatz. Die Swoboda-Partei war offizieller Teil der Oppositionskoalition, gemeinsam mit der Vaterlands-Partei von Arsenij Jazenjuk und der Ukrainischen Allianz für Demokratische Reformen (UDAR) von Witalij Klitschko. Mitglieder von »Swoboda« nahmen allerdings an den gewaltsamen Auseinandersetzungen teil. Die Partei beklagt nun lautstark etliche Opfer, darunter auch einige Tote.

Die zweite auf dem Euromaidan präsente rechtsextreme Bewegung war eine zunächst marginale und weitgehend unbekannt, jedoch inzwischen berüchtigte Organisation, die sich selbst »Rechter Sektor« nennt. Noch im Januar 2014 hatte der Rechte Sektor nach eigenen Angaben nur etwa 300 Mitglieder; ein Repräsentant der Organisation gab in persönlicher Kommunikation mit Schechowzow damals diese Zahl an. Inzwischen beansprucht die Gruppierung für sich jedoch, einige Tausend Mitglieder zu haben und den Kern des gewaltsamen Flügels der Widerstandsbewegung gegen die Regierung vom November 2013 bis Februar 2014 gebildet zu haben. Während der Proteste war der anfänglich wenig bedeutsamen außerparlamentarischen Gruppe erlaubt worden, ihr Hauptquartier im fünften Stock des Gewerkschaftshauses direkt am Kiewer Unabhängigkeitsplatz einzurichten.

Bei seiner Gründung im späten November 2013 war der Rechte Sektor zunächst eine lose Dachorganisation verschiedener außerparlamentarischer Mini-Organisationen, so der Grüppchen »Dreizack namens Stepan Bandera«, »Patriot der Ukraine« und »Weißer Hammer«. Diese teils ultrakonservativen, teils neonazistischen nationalistischen Extremistenzirkel hatten sich in den ersten Tagen des Euromaidan zusammengetan, um das Janukowitsch-Regime mit Gewalt zu bekämpfen. Später bildete sich die Koalition in eine politische Partei um, die inzwischen den Einzug ins ukrainische Parlament anstrebt. Der Rechte Sektor kann bisher allerdings nur weniger als diejenigen 5 % Wählerunterstützung auf sich vereinigen, die eine Partei benötigt, um bei Wahlen die Hürde zum Einzug in die Werchowna Rada (Oberster Rat) zu überwinden. Der Führer des Rechten Sektors Dmytro Jarosch erreichte bei den Präsidentschaftswahlen am 25.5.2014 deutlich weniger als 1 % der Stimmen.

Die extreme Rechte und die europäische Integration der Ukraine

Die einst – typisch für rechtsradikale Parteien – euroskeptische »Swoboda« hat während der vergangenen Jahre schrittweise immer klarer Position für eine EU- und NATO-Mitgliedschaft der Ukraine bezogen. Dagegen haben die unterschiedlichen Teilorganisationen des Rechten Sektors verschiedenartige und im Allgemeinen skeptischere Sichtweisen auf die EU. Ungeachtet dieser teils signifikanten Unterschiede zwischen den verschiedenen nationalistischen Gruppierungen bzgl. ihrer Sicht auf die europäische Integration waren die meisten mit »Swoboda« und dem Rechten Sektor in Verbindung stehenden bzw. diesen ähnelnden Parteien, Fraktionen, Gruppen und Grüppchen alle mehr oder minder stark an den Pro-EU-Protesten beteiligt – teils eher bei den gewaltfreien, teils eher bei gewalttätigen Aktionen. Sie schafften es gar, das internationale Image des Euromaidans in erheblichem Maße mitzubestimmen.

Letzteres geschah, obwohl in den vergangenen Monaten verschiedene Meinungsumfragen wiederholt eine summarische öffentliche Unterstützung für die Swoboda-Partei und den Rechten Sektor um die 5% feststellten – manchmal mehr, manchmal weniger. Auch bildeten die Mitglieder des Rechten Sektors sowie andere ultranationalistische Aktivisten nur einen kleinen Teil der Selbstverteidigungskräfte des Euromaidan, also der Dutzenden so genannten »Hundertschaften« der Protestbewegung, die gemeinsam gegen Janukowytschs Polizeikräfte physischen Widerstand leisteten. Dennoch wurden und werden die radikalen Rechten in der massiven internationalen Medienkampagne gegen Kiews neue Regierung häufig in den Vordergrund gerückt. Russlands Regierungsbeamte, führende Diplomaten, Pseudojournalisten und westliche Lobbyisten äußern sich fortwährend hyperbolisch zur Rolle der ukrainischen extremen Rechten bei den Protesten. Das offensichtliche Ziel der Übertreibungen und Panikmache ist, die europäische Revolution in der Ukraine als ein – zumindest teilweise – »faschistisches« Unternehmen zu diskreditieren und damit die russische Annexion der Krim sowie die verdeckte Invasion im Donbass als »antifaschistische« Maßnahme zum Schutz angeblich bedrohter Russischsprecher zu rechtfertigen.

Die aktive – wenn auch alles in allem nur beschränkt bedeutsame – Beteiligung der beiden ukrainischen rechtsextremen Bewegungen an den demokratischen Pro-EU-Protesten in der Ukraine ist eine Paradoxie. Nicht nur widerspricht diese Parteinahme an und für sich dem Weltbild der Ultranationalisten: Die offiziellen Werte und Prinzipien der EU sind zumindest implizit, wenn nicht gar explizit antinationalistisch. Die ambivalente, moderate bzw. positive Haltung der ukrainischen

extremen Rechten zu EU und NATO weicht deutlich von der typischen Position vergleichbarer Organisationen innerhalb der EU ab (von der radikalen Rechten Russlands ganz zu schweigen). Die meisten europäischen rechtsextremen Parteien sind klar antiamerikanisch sowie mehr oder weniger EU-feindlich. Während des letzten Jahrzehnts ist nur eine große europäische rechtsextreme Partei verhältnismäßig pro-EU gewesen – die griechische Laikos Orthodoxos Synagermos (Orthodoxer Volksalarm), welche von 2007 bis 2012 im griechischen Parlament vertreten war und eine Reihe von Prinzipien der EU scharf kritisierte, jedoch Griechenlands EU-Mitgliedschaft ausdrücklich mittrug.

Der antiimperiale Impetus des ukrainischen Nationalismus

Die offensichtlichste Erklärung für die aktive Teilnahme der extremen Rechten am Euromaidan ist deren vornehmliches Ziel einer Befreiung der Ukraine aus der Einflussosphäre Moskaus – die Hauptforderung des gesamten ukrainischen Nationalismus bzw. Patriotismus, ob nun gemäßigt oder radikal. Die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU wird von der Mehrzahl der ukrainischen Nationalisten – aber auch von vielen anderen Beobachtern in Kiew, Brüssel, Washington und Moskau – als Nullsummenspiel zwischen dem Westen und Russland verstanden: Je stärker sich die Ukraine in die EU integriert, desto weniger wird sie Teil eines neoimperialen Areals des Kremls sein. Vor allem aus diesem Grund wird die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der EU – wenn wahrscheinlich auch, so muss vermutet werden, mit Widerwillen – vom Großteil der ukrainischen extremen Rechten unterstützt. Die Annäherung der Ukraine an Brüssel impliziert eine klare Abwendung von Russland und die Emanzipation der Ukraine von jahrhundertelanger Moskauer Bevormundung und Unterdrückung. Die EU-Integration ist entscheidende Voraussetzung für eine unabhängige Entwicklung der ukrainischen Nation – in welche Richtung diese im Weiteren auch immer gehen mag.

Der antiimperialistische, befreiungsnationalistische Impuls etlicher ukrainischer rechtsextremer Gruppen unterscheidet diese nur wenig von ähnlichen Positionen der meisten anderen ukrainischen Parteien, welche noch deutlicher und ungeteilter pro-EU sind als »Swoboda« & Co. Es sind Sozialkonservatismus, Traditionalismus, kultureller bzw. biologischer Rassismus, explizite Homophobie, populistischer und integraler Nationalismus, selektive Geschichtsbilder, Apologetik des historischen Faschismus usw., die – wie in Doktrinen anderer europäischer rechtsradikaler Parteien – die wichtigsten Unterscheidungsmerkmale der extremen Rechten im

politischen Spektrum der Ukraine bilden. Nichtsdestoweniger war die befreiungsnationalistische Perspektive der ukrainischen radikalen Nationalisten ein sichtbarer und nicht unbedeutender Aspekt der Euromaidan-Proteste, bildete diese Sichtweise doch jenen Kit, der die breite politische Koalition von radikal links bis extrem rechts auf dem Unabhängigkeitsplatz zusammenhielt. In diesem Sinne proeuropäische Positionen fanden sich insbesondere in der offiziellen Rhetorik der Swoboda-Partei von Tjahnybok. Sie waren in geringerem Maße auch für einige Teile des Rechten Sektors wie Jaroschs »Trysub« (Dreizack) und die UNA-UNSO (Ukrainische Nationale Versammlung – Ukrainische Nationale Selbstverteidigung) charakteristisch.

Der proeuropäische Impetus war weniger auffällig bzw. abwesend in den ideologischen Äußerungen solcher kleinen und kaum bekannten profaschistischen Splittergruppen wie der C14 (bzw. S14, der paramilitärische Flügel der Swoboda-Partei) oder den früheren und gegenwärtigen Rechter-Sektor-Organisationen »Patriot Ukrainy«/Sozial-nazionalna assambleja (Patriot der Ukraine/Sozial-Nationale Versammlung) und »Bilyj molot« (Weißer Hammer). Allgemein sind die offen neonazistischen Teile der ukrainischen extremen Rechten, wie die eben genannten, eher gegen die EU. Allerdings bilden sie nur relativ marginale Sektionen innerhalb ihrer breiten Dachbewegungen, also im Vergleich mit der Swoboda-Partei bzw. anderen Teilen des Rechten Sektors. Sie sind in der ukrainischen Öffentlichkeit – ganz zu schweigen von der Beobachtergemeinde außerhalb der Ukraine – weitgehend unbekannt.

Die relative Schwäche des ukrainischen Neonazismus

Der periphere Charakter des Neonationalsozialismus innerhalb der ukrainischen rechtsextremen Bewegung als ganzer erklärt zum Teil auch das relativ geringe Maß rassistischer Gewalt in der Ukraine, vor allem während der letzten Jahre. Dieser Trend läuft der unter einigen linken Publizisten und Politikern in der EU populären Ansicht von der Ukraine als traditionellem Hort gewalttätigen Ultranationalismus zuwider. Das weit verbreitete Vorurteil führte unter anderem zu einer westeuropäischen Medienhysterie im Vorfeld der Fußballeruropameisterschaften 2012. Vor allem in der britischen Boulevardpresse, aber auch in deutschen linken Presseorganen erschienen alarmistische Warnungen vor möglicher neonazistischer Gewalt gegen nichtweiße Fußballfans, die die Spiele in Charkiw, Donezk, Lwiw und Kiew besuchen würden. Jedoch gab es während des gesamten Turniers nicht einen einzigen bedeutsamen Vorfall rassistischer Gewalt in der Ukraine. Stattdessen ereigneten sich fast alle Vorfälle solcher Art im EU- und NATO-

Mitgliedsstaat Polen. Eine Entschuldigung der westlichen Presseorgane für ihre grundlose Diffamierung und wahrscheinliche Abschreckung etlicher potentieller Besucher der Ukraine ist bis heute ausgeblieben.

Laut einer Statistik der Xenophobie-Beobachtergruppe des Euro-Asiatischen Jüdischen Kongresses über Hassverbrechen wurden in der Ukraine in den Jahren 2012/2013 etwa 40 Personen Opfer rassistischer Übergriffe. Ein Mord aufgrund ethnischen Hasses ist in der Ukraine das letzte Mal im Jahr 2010 registriert worden. Im Vergleich dazu werden laut dem Londoner Institute of Race Relations z. B. im Vereinigten Königreich jährlich im Durchschnitt etwa vier Personen aus fremdenfeindlichen Gründen oder aufgrund von Homophobie umgebracht (Großbritannien hat etwa ein Viertel mehr Einwohner als die Ukraine: 63 vs. 46 Millionen). Auch in anderen west- und osteuropäischen Ländern gleicht die Statistik über Hassverbrechen eher dem britischen als dem ukrainischen Muster. Die mit Abstand größte Anzahl gewalttätiger Hassverbrechen in Europa wird sowohl in absoluten als auch in relativen Zahlen seit etlichen Jahren von neonazistischen Skinheads und anderen Rassisten in Russland verübt. Anzuführen ist, dass bei diesen Statistiken keine möglichen Gewaltverbrechen von Rechtsextremisten in Kampfgebieten, wie dem Nordkaukasus oder der Ostukraine, berücksichtigt sind, also nur Straftaten unter »friedlichen« Bedingungen registriert werden.

Der späte Aufstieg des parteipolitischen Ultranationalismus in der Ukraine

Während der ersten zwanzig Jahre der ukrainischen Unabhängigkeit zeichnete sich die extreme Rechte der Ukraine durch ihre überraschende, seit dem Untergang der Sowjetunion 1991 konstante elektorale und parlamentarische Bedeutungslosigkeit auf nationaler Ebene aus. Erst bei den ukrainischen Parlamentswahlen von 2012 erreichte die Swoboda-Partei bei der Abstimmung nach Verhältniswahlrecht 10,44 %. Da sie bei der Abstimmung nach Mehrheitswahlrecht weniger erfolgreich war, zog die Swoboda-Partei mit einer Fraktion von nur 37 Abgeordneten in das aus 450 Abgeordneten bestehende ukrainische Parlament, die Werchowyna Rada (Oberster Rat), ein.

Die lange parteipolitische Bedeutungslosigkeit der Ultranationalisten war in zweifacher Hinsicht paradox. Zum einen war sie im Vergleich zu den beachtlichen Wahlerfolgen der extremen Rechten in einigen ostmitteleuropäischen Nachbarländern der Ukraine, z. B. in der Slowakei, Polen und Ungarn, wie auch in Russland sowie Westeuropa von 1991 bis 2012, verwunderlich. Zum anderen überraschte die lang anhaltende Schwäche der ukrainischen Rechtsradikalen im Lichte

der enormen ökonomischen Verwerfungen in der post-sowjetischen Ukraine, welche Mitte der 1990er Jahre zu einer der tiefsten sozialen Krisen in der Geschichte Europas führten.

Wie kam es vor diesem Hintergrund zum Überraschungsergebnis der Swoboda-Partei von mehr als 10% im Jahr 2012? Der Einzug der Swoboda-Partei ins Parlament war nur zum Teil Ausdruck einer Rechtswendung in der ukrainischen Gesellschaft. Es handelte sich vielmehr um eine Gegenreaktion auf die – von vielen Ukrainern so empfundene – manifest unpatriotische, antiukrainische und prorussische Politik des damaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch sowie von dessen Partei der Regionen und deren kleinerem Koalitionspartner, der sowjetnostalgischen Kommunistischen Partei der Ukraine.

Das Swoboda-Resultat von 2012 war auch eine Reaktion auf die mangelnde Disziplin der beiden wichtigsten demokratischen Fraktionen in der Werchowna Rada jener Zeit. 2010/2011 hatten viele Orange Abgeordnete ihre Mandatsfreiheit missbraucht, verrieten de facto ihre Wähler und machten die Machtakkumulation Janukowytschs durch skandalöse Mandatswechsel möglich. Eine ganze Reihe der im Jahr 2007 gewählten Abgeordneten, die über Listen von Wiktor Juschtschenkos Allianz »Nascha Ukrajina – Narodna Samooborona« (Unsere Ukraine – Nationale Selbstverteidigung) und Julija Tymoschenkos Partei »Batkiwtschyna« (Vaterland) ins Parlament gekommen waren, lief zur neuen Regierungskoalition der Partei der Regionen und Kommunisten unter Ministerpräsident Mykola Asarow über.

Man kann daher vermuten, dass im Jahr 2012 ein Teil der Swoboda-Wähler diese Partei nicht wegen ihres ethnozentrischen und homophoben Programms unterstützte, sondern weil sie in der Freiheits-Union die entschiedenste und disziplinierteste Opponentin zu Janukowytsch & Co. sahen. Weniger die rechtsextreme Grundhaltung der Freiheitlichen als ihr besonderer rhetorischer Radikalismus als solcher und ihr relativ klares politisches Image motivierten anscheinend viele patriotische und oftmals demokratische, darunter sogar antinationalistische ukrainische Wähler dazu, ihr Häkchen bei der Swoboda-Partei zu machen. Der Ultrationalismus der Freiheitlichen ist von diesen Wählern offenbar eher in einem befreiungsnationalistischen als in einem rassistischen oder fremdenfeindlichen Sinne (fehl)interpretiert worden.

Zumindest in Bezug auf Parteidisziplin hat die Swoboda-Partei ihre nicht-nationalistische Wählerschaft auch nicht enttäuscht: Noch nie hat ein Swoboda-Parlamentsabgeordneter die Seiten gewechselt – im Unterschied zu einer großen Zahl anderer Mitglieder des ukrainischen Parlaments während der letzten Jahre. Ähnliche Imagefaktoren – demonstrative Prinzipienfes-

tigkeit, Kampf- und Opferbereitschaft, Entschiedenheit usw. im Kampf gegen Janukowytsch bzw. die ostukrainischen Separatisten – waren und sind offenbar auch wesentliche Gründe für die wachsende Unterstützung des Rechten Sektors der letzten Monate gewesen.

Wie wichtig wird der ukrainische parteipolitische Ultrationalismus sein?

Die Gründe für den Aufstieg der Swoboda-Partei und des Rechten Sektors in den Jahren 2012 bis 2014 könnten im Umkehrschluss in der Zukunft auch zu einem Problem für die Rechtsextremisten werden. Die bislang starke Polarisierung in der ukrainischen Innenpolitik, von der sie die letzten vier Jahre profitiert hatten, scheint nun vorüber: Der Euromaidan hat gewonnen, und Janukowytsch und etliche seiner Mitsstreiter sind aus dem Land geflohen. Für viele Wähler mögen damit die einstigen Gründe für die Unterstützung disziplinierter Radikaler wie der Swoboda-Partei hinfällig werden.

Zum anderen gab und gibt es eine Diskrepanz zwischen der radikalen Wahlkampfretorik der Swoboda-Partei einerseits und ihren wirklichen Aktionen andererseits. Sowohl im Parlament als auch auf der Straße während des Euromaidans war die Swoboda-Partei entgegen ihrem propagierten Selbstbild ein in der Realität letztlich relativ zahmer politischer Akteur. Obwohl sie viele Skandale lostrat und sich aktiv an Händeleien im Parlament beteiligte, war sie weder in der Gesetzgebungsarbeit noch bei den Massenprotesten fähig oder willens, so konsequent und entschieden zu handeln, wie sie es einst versprochen hatte. Entsprechende Desillusionierung bei ihren einstigen Wählern mag ebenfalls ein Grund für den allmählichen Verlust an Unterstützung während der letzten zwei Jahre gewesen sein. Ob die jetzige Beteiligung der Freiheitlichen mit zunächst vier und inzwischen drei Ministern sowie dem Generalstaatsanwalt an der im März 2014 gebildeten Übergangsregierung der Partei zum Vorteil bei Wahlen gereichen wird, ist noch unklar.

Die künftigen Imageprobleme der Rechtsradikalen wurden durch die schwachen Ergebnisse der Kandidaten Tjahnybok, 1,17%, und Jarosch, 0,69%, bei den Präsidentschaftswahlen vom 25.5.2014 illustriert (s. S. 2–3 in dieser Ausgabe). Diese Resultate lagen sogar noch unter den bescheidenen Prognosen vor den Wahlen, was eher untypisch ist, da Rechtsradikale häufig mehr Unterstützung in Wahlen als bei Umfragen erhalten. In einer Wählerbefragung des renommierten Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie Mitte März 2014 hatten noch 2,5% der potentiellen Wähler für Tjahnybok und 0,9% für den Anführer des Rechten Sektors, Jarosch, gestimmt.

Anzumerken ist darüber hinaus, dass durch die teilweise Verhinderung der Stimmabgabe in den Regionen

Krim, Donezk und Luhansk das Endergebnis der Präsidentschaftswahlen zu Gunsten der ethnonationalistischen Kandidaten verschoben wurde. Deren Unterstützung liegt in diesen russophonen Regionen deutlich unter dem jetzigen Landesdurchschnitt. Hätte es die Möglichkeit einer problemlosen Abstimmung auf der Krim und im Donbass gegeben, wäre das prozentuale Gesamtergebnis für die beiden rechtsradikalen Parteiführer noch geringer als die ohnehin peinlichen jetzigen Ergebnisse ausgefallen.

Freilich käme die Swoboda-Partei bei vorgezogenen Parlamentswahlen laut Umfragen wahrscheinlich auf über 5 % der Stimmen, was ggf. ihren Wiedereinzug ins Parlament mit einer eigenen Fraktion bedeuten würde. Aber auch das wäre etwa nur noch knapp oder gut die Hälfte des Zuspruchs, den die Partei 2012 bei den Wahlen zur Werchowna Rada erreichte. Das jetzt verbliebene Unterstützungspotential besteht offenbar hauptsächlich aus den ultranationalistischen »Swoboda«-Kernwählern sowie aus gemäßigt nationalistischen Wählern in Galizien, wo die Freiheits-Union inzwischen als Mainstream-Partei wahrgenommen wird.

Es bahnt sich noch eine neue Herausforderung für die Swoboda-Partei an: ein möglicher Wettbewerb mit dem Rechten Sektor um die ultranationalistische Wählerschaft bei den nächsten Parlamentswahlen. Wenn es bei der gegenwärtigen 5%-Hürde in den Verhältniswahlen und bei der Spaltung der Rechtsnationalisten in zwei Bewegungen bleibt, könnte die ukrainische Rechte in eine Problemsituation kommen, die es in anderen europäischen Ländern, etwa in Deutschland, vorher auch

schon gab. Angenommen die extreme Rechte bleibt zweigeteilt und kommt bei den Parlamentswahlen insgesamt auf 7 %: Dann kann es passieren, dass trotzdem keine der beiden Parteien in der Werchowna Rada vertreten sein wird, da die Stimmen mit zum Beispiel 4,5 % für »Swoboda« und 2,5 % für den Rechten Sektor verteilt sein könnten. Allerdings dürften die Rechtsextremen dieser Gefahr gewahr sein und werden vermutlich versuchen, solch ein Debakel für sie zu verhindern.

Bleibt die prorussische Partei der Regionen weiterhin so zersplittert und desorientiert wie derzeit, würde die Swoboda-Partei eine ihrer Quellen für negative Mobilisierung verlieren. Die Swoboda-Führung müsste sich nach anderen Möglichkeiten der Anwerbung nicht-extremer Wähler umsehen, indem sie zum Beispiel einen spürbaren Beitrag zum militärischen Widerstand gegen die fortlaufende verdeckte russische Aggression im Osten der Ukraine leistet. Sollte es der Swoboda-Partei nicht gelingen, solche oder andere neue Gründe dafür zu finden, dass ukrainische Gemäßigte ihr ihre Stimme geben, und sollte der Rechte Sektor Tjahnybok Wähler abspenstig machen, könnte die ukrainische Rechte wieder an den außerparlamentarischen Rand des politischen Lebens der Ukraine zurückgedrängt werden. Sollte sich andererseits die extreme Rechte vereinigen und die bürgerkriegsähnlichen Zustände sowie die Konfrontation der Ukraine mit Russland anhalten, könnte dies auch zu einem Wiedererstarken oder sogar zu einem Aufstieg des ukrainischen Ultranationalismus führen.

Aus dem Englischen von Thomas Meyer

Über die Autoren:

Dr. Anton Shekhovtsov forscht am University College London und ist Herausgeber der Buchreihe »Explorations of the Far Right« (*ibidem*-Verlag) sowie Mitarbeiter der Forschungsgruppe »Radicalism and New Media« an der Universität Northampton.

Dr. Andreas Umland lehrt an der Kiewer Mohyla-Akademie und ist Herausgeber der Buchreihe »Soviet and Post-Soviet Politics and Society« (*ibidem*-Verlag) sowie Mitglied des wissenschaftlichen Beirates des Europa-Ausschusses des ukrainischen Parlaments.

Lesetipps:

- Viacheslav Likhachev: Right-Wing Extremism in Ukraine. The Phenomenon of Svoboda. Kyiv, 2013.
- Alina Polyakova: On the March. The Coming Rise of Ukrainian Ultra-Nationalists. In: Foreign Affairs, 11.5.2014, <<http://www.foreignaffairs.com/articles/141405/alina-polyakova/on-the-march>>.
- Pravyj radikalizm v segodnjašnej Ukrainie. In: Forum novejšej vostočnoevropejskoj istorii i kul'tury [Sondersektion], Bd. 10, H. 1 (2013), S. 7–150 <<http://www1.ku-eichstaett.de/ZIMOS/forum/inhaltruss19.html>>.
- Andreas Umland, Hrsg.: Post-Soviet Ukrainian Right-Wing Extremism. In: Russian Politics and Law [Sondernummer], Bd. 51, H. 5 (2013), S. 3-95.
- Anton Shekhovtsov: The Creeping Resurgence of the Ukrainian Radical Right? The Case of the Freedom Party. In: Europe-Asia Studies, Bd. 63, H. 2 (2011), S. 203–228.
- Anton Shekhovtsov: From electoral success to revolutionary failure. The Ukrainian Svoboda party. In: Eurozine, 5.3.2014, <<http://www.eurozine.com/articles/2014-03-05-shekhovtsov-en.html>>.

Die Stimme des Donbass

Von Kerstin Zimmer, Marburg

Bis vor kurzem wurde darüber spekuliert, welche Haltung Rinat Achmetow, der reichste Mann der Ukraine, im Konflikt im Donbass einnimmt. Erst nach den Referenden vom 11. Mai 2014 bezog er öffentlich Stellung. Nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen der vergangenen Wochen patrouillierten Beschäftigte seiner Unternehmen in den Straßen von Mariupol und »sorgten für Sicherheit«. In einer Fernsehansprache und auf der Webseite seiner Holding System Capital Management erteilte Achmetow allen Formen des Separatismus eine klare Absage, da sie den wirtschaftlichen Niedergang der Region bedeuten würden. Vor allem aber rief er unter der Parole »Glücklicher Donbass in einer vereinigten Ukraine« die zunehmend konfliktmüde Bevölkerung der Region dazu auf, selbst für ihr Glück einzutreten. Zugleich forderte er Respekt für die Region und ihre Bewohner ein. »Glück ist es, wenn wir respektiert werden, wenn die Menschen unser Erbe, unsere Geschichte, unsere Sprache und unsere Feiertage und Traditionen sowie unser Streben nach einem besseren Leben respektieren.«¹ Weiterhin forderte er die Bevölkerung zu friedlichen Demonstrationen auf, die bislang vor allem seine Angestellten und Arbeiter getragen haben.

In seiner kurzen Ansprache stellte Achmetow explizit einen Konsens mit der Bevölkerung her. Er sprach die Haupt Sorgen der Menschen an und stellte Forderungen, die sowohl seinen ökonomischen Interessen genügen als auch in der Region mehrheitsfähig sind. Er benannte sowohl »Brot- und Butter«-Themen als auch Fragen der Legitimität, Identität und Anerkennung.

Tatsächlich ist laut Umfragen (s. Tabelle 5 auf S. 23) die Angst vor einem Bürgerkrieg im Osten der Ukraine groß. Die Menschen fürchten dabei vor allem »Bandidentum« und wirtschaftlichen Niedergang, verbunden mit steigender Arbeitslosigkeit und Armut.

Bislang fühlten sich die meisten Bewohner des Donbass durch die neue Regierung in Kiew weder repräsentiert noch ausreichend geschützt. Aber auch die Separatisten stoßen weitgehend auf Ablehnung. Dagegen sehen viele Russland als Verteidiger der Interessen der russischsprachigen Bevölkerung, auch wenn die Menschen einen Einmarsch russischer Truppen oder eine Angliederung an Russland mehrheitlich ablehnen (s. Grafiken 1–3 auf S. 19–20).

Mit den Protestaktionen und den Patrouillen sollen auch die Inkompetenz und Machtlosigkeit der

ukrainischen Regierung bei der Aufrechterhaltung der Ordnung vorgeführt werden. Ihr werden die Handlungsfähigkeit und Entschlossenheit der regionalen Bevölkerung entgegengesetzt.

Die Initiative Achmetows und der ihm unterstehenden Betriebe ist daher keine national-patriotische, sondern eine regionale, die für die Selbstbestimmung der Region eintritt und die Sonderrolle des Donbass betont. Hier wiederholt sich ein altes Muster. Die Donezker Machtelite hat sich schon immer als Advokat der Bevölkerung präsentiert, vor allem im nationalen Zentrum in Kiew und gegenüber ausländischen, vor allem westlichen, »Ausbeutern«.

Dem demonstrativen Schulterschluss zuträglich ist eine im innerukrainischen Vergleich sehr hohe Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Region. Im Zentrum der regionalen Identität stehen die Überlegenheit und Einzigartigkeit einer industrialisierten, urbanisierten Region, einer Hochburg der Arbeiterklasse und einer Kaderschmiede, die schon immer die Rolle des Ernährers für einen größeren staatlichen Zusammenhang innehatte. Daraus hat die Machtelite in der Vergangenheit wiederholt Forderungen nach mehr Macht und Entscheidungsbefugnissen abgeleitet. In den letzten Jahren hat man die Gefahr einer Peripherisierung und internen Kolonialisierung heraufbeschworen und sich über den mangelnden Respekt zutiefst gekränkt gezeigt.

Mit seiner Forderung nach Respekt spricht Achmetow daher das Gefühl der Menschen an, vom Zentrum und vom Westen des Landes bevormundet und missachtet zu werden. Gegen (west-)ukrainische Missionierungsversuche, die die »entfremdeten« und russifizierten Ukrainer im Osten des Landes wieder in »richtige Ukrainer« verwandeln wollen, setzen sie sich zur Wehr. In einer »verstärkten Ukrainisierung nach galizischer Manier« sehen sie die Gefahr der Zerstörung der besonderen Kultur des Donbass, der sich durch Multiethnizität, Russischsprachigkeit und interethnische Toleranz auszeichne. Dem (west-)ukrainischen Nationalismus müssten deshalb Internationalismus und Donbass-Patriotismus entgegengesetzt werden.

Die Dichotomie zwischen russisch und ukrainisch ist im Donbass irreführend, da die Identifikation mit beiden Ethnien nicht als widersprüchlich wahrgenommen wird. Die starke regionale Identifikation, die auch weiterhin deutliche sowjetisch geprägte Züge trägt, überschattet andere Identitätsbezüge. Die »vorgestellte Gemeinschaft« umfasst alle ethnischen Gruppen. Daher bezeichnen viele lokale Akteure die Region als multi-

1 Achmetows vollständiges Statement siehe S. 24.

ethnisch. Man könnte dieses Selbstverständnis jedoch auch als nicht-ethnisch, pan-ethnisch oder sogar als prä-ethnisch beschreiben. Nationsbildungsprozesse haben im Osten der Ukraine aufgrund seiner langen Zugehörigkeit zum zaristischen Russland nur ansatzweise stattgefunden. Die sowjetische Herrschaft schuf eine starke Identifikation mit dem Wohnort einerseits und der gesamten Sowjetunion andererseits, aber nur eine geringe Identifikation mit der Ukraine. Da der Donbass als Schaufenster des Sozialismus gefeiert wurde, war diese Tendenz hier besonders ausgeprägt, und der positiv konnotierte Bezug zum sowjetischen System bestand unmittelbar.

Auch wenn die Ausführungen Achmetows das regionale Selbstverständnis sowie die Haltung der regionalen Bevölkerung gegenüber dem ukrainischen Nationalstaat, den Separatisten und Russland widerspiegeln, ist auch im Donbass das Verhältnis der Menschen zu den Oligarchen ambivalent. Sie geben vielen Arbeit und kontrollieren weite Teile der Wirtschaft und Politik. Aber weniger als ein Viertel der Menschen möchte wichtige wirtschaftliche Akteure in der Regierung sehen; in der Region Donezk lehnt mehr als die Hälfte deren Regie-

rungsbeteiligung ab, in Luhansk etwa 42 Prozent (s. Grafik 5 auf S. 22). Dagegen ist mehr als ein Drittel der Bevölkerung in Donezk für die Verstaatlichung des Vermögens der Oligarchen; ein weiteres Drittel möchte zumindest den auf gesetzeswidrigem Weg erworbenen Teil verstaatlichen (s. Tabelle 4 auf S. 22). Die Vorstellung, die Oligarchen könnten auf Dauer die Region befrieden, könnte daher trügerisch sein – vor allem dann, wenn sie ausschließlich eigene Interessen verfolgen und die Region und ihre Bevölkerung dafür instrumentalisieren. Zudem trägt die damit verbundene Perpetuierung des regionalen Diskurses mit der Betonung der Sonderrolle des Donbass mit dem aus Sowjetzeiten übernommenen Feindbild des westukrainischen Nationalismus langfristig nicht zur Stärkung des nationalen Zusammenhalts bei.

Auch wenn Achmetow den regionalen Kampf gegen die Separatisten ausgerufen hat, so konnte der ordnungsgemäße Verlauf der Präsidentschaftswahl am 25. Mai 2014 nicht sichergestellt werden. Daher ist die Meinung der Menschen des Donbass nicht in das Wahlergebnis eingeflossen, was vermutlich zu einer erneuten Delegitimierung der Kiewer Führung in der Region führen wird.

Über die Autorin:

Dr. Kerstin Zimmer ist Lehrkraft für besondere Aufgaben am Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg. Zurzeit vertritt sie die Professur für Angewandte Soziologie an der Universität Marburg.

Lesetipps:

Zimmer, Kerstin (2006): *Machteliten im ukrainischen Donbass. Bedingungen und Konsequenzen der Transformation einer alten Industrieregion.* Münster: LIT.

Die Anführer der Separatisten in Donezk und Luhansk

Von Oleg Kaschin, Moskau

Anmerkung der Redaktion

Der folgende Text wurde im Original am 19. Mai 2014 auf der russischen Nachrichten- und Analyse-Website slon.ru unter dem Titel »Von der Krim in den Donbass: Die Abenteuer von Igor Strelkow und Alexander Borodai« veröffentlicht.¹ Der Autor ist ein russischer investigativer Journalist, der unter anderem für die russischen Printmedien Kommersant, Komsołskaja Prawda, Iswestija und Expert geschrieben hat.

Die Redaktion der »Ukraine-Analysen« veröffentlicht den Text in einer gekürzten Version mit Zustimmung des Autors. Die im Text geäußerten Meinungen geben ausschließlich die Meinung des Autors wieder und sind in Teilen spekulativ. Die Einschätzungen des Autors stellen jedoch aus Sicht der Redaktion eine interessante Ergänzung zur Debatte um die Rolle der Separatisten dar, die von Kiew nur als Marionetten Moskaus und von Moskau als Vertreter der ostukrainischen Bevölkerung dargestellt werden.

Einleitung

Falls jemand nach der »Hand Moskaus« bei den Donezker Separatisten gesucht hat, so kann die Suche als erfolgreich beendet betrachtet werden. Der russische Polittechnologe Alexander Borodai hat sich selbst aus unerklärlichen Gründen an die Spitze der separatistischen Regierung in Donezk gestellt, als ob er ein Geschenk an das offizielle Kiew machen wollte, welches jetzt überall, vor der UNO und anderswo, Borodai präsentieren wird – und erklären kann, dass Russland schon aufgehört hat sich zu verstecken und bereits offen alle bestehenden Normen missachtet.

Ich muss sagen, dass die Ernennung von Borodai tatsächlich fast absolute Klarheit in die Donezker Ereignisse bringt. Es ist nicht die Art von Klarheit, auf die sich Kiew bezieht, aber Borodais Ernennung ist eine ziemlich gute Nachricht für Kiew, da sie zeigt, dass es die Ukraine in der Region Donezk im Gegensatz zur Krim nicht mit einer offenen oder geheimen Invasion durch Russland zu tun hat, sondern mit einer Gruppe von bewaffneten Aktivisten [der nationalistischen russischen Szene].

»Öffentlich-private Partnerschaft«

Als Borodai noch, ohne das es jemand wissen sollte, auf der Krim aktiv war, antwortete er verneinend auf meine direkte Frage, ob er ein russischer Offizieller wäre, und erklärte, dass seine Tätigkeit im Rahmen »einer öffentlich-privaten Partnerschaft« liege. Von welcher Art der Partnerschaft die Rede war, verstand ich erst viel später, als mein Bekannter aus [der ukrainischen rechtsextremen Organisation] »Rechter Sektor« erzählte, dass einer der Sponsoren des Wahlkampfes von Dmitri Jarosch, einem führenden Vertreter der Organisation »Rechter Sektor«, der russische Großunternehmer Konstantin Malofeew war.

In Anbetracht des ausgeprägten national-patriotischen Images von Malofeew, fand ich diese Informationen amüsant – wenn ich das beweisen könnte, wäre es ein Skandal: entweder hilft Malofeew ohne Wissen des russischen Staates auf eigene Faust dem erklärten Feind Russlands oder aber der erklärte Feind Russlands ist eigentlich kein richtiger Feind. (In der Tat weiß niemand, wo es mehr Fans des »Rechten Sektors« gibt – in der Ukraine oder im Kreml, für den der »Rechte Sektor« die liebste Horrorgeschichte ist.) Aber Beweise für die Beteiligung Malofeews am Wahlkampf Jaroschs hatte ich nicht, und so ging ich den einfachsten Weg und fragte meine Leser in einem sozialen Internet-Netzwerk, ob jemand etwas davon gehört hatte.

Bereits nach 30 Sekunden kam ein Anruf von der Krim. Der Anrufer, ein Beamter, teilte mir mit, dass die Geschichte mit Jarosch so lächerlich ist, dass diese sogar als Lüge nicht durchginge, weil jeder bereits weiß, dass Konstantin Malofeew wirklich aktiv an den ukrainischen Ereignissen teilnimmt, aber nicht auf der Seite des »Rechten Sektors«, sondern auf der gegnerischen Seite. Die durch Malofeews Stiftung organisierte Spendenaktionen für die Krim fand vollständig öffentlich statt und als nicht öffentliche Ergänzung erzählte mir mein Gesprächspartner von der Krim noch, dass – bereits bevor die »höflichen Leute« Malofeews auf die Krim kamen – der Unternehmer aus seiner eigenen Tasche zur Unterstützung des »Bürgermeister des Volkes« in Sewastopol, Alexey Tschalyj, eine Million US-Dollar überwiesen hatte.

Die Krim wurde durch die russische Armee und einen russisch-orthodoxen Oligarchen annektiert

Alle meine Gesprächspartner beschrieben Malofeew gleich: Ja, er ist aufrichtig und ernsthaft verrückt nach Spiritualität, nationaler Großmacht, Militärgeschichte und besitzt eine riesige Bibliothek historischer Literatur. Damals in den neunziger Jahren war er als russisch-

¹ <http://slon.ru/russia/iz_Krima_v_donbass_priklyucheniya_igorya_Strelkova_i_aleksandra_borodaya-1099696.xhtml>

orthodoxer Aktivist in Petersburg bekannt und zwei Jahrzehnte später verwandelte er sich in einen herausragenden Vertreter der sozialen Gruppe »orthodoxe Geschäftsleute«. Personen aus seinem Bekanntenkreis berichten, dass vielleicht fraglich sei, wie er sein Geld verdiene, dass aber ohne Frage klar sei, wofür er es ausgeben: für Kirchen, Schulen, Geschichtsforschung und ähnliches. Er ist ein Mann, der bereit ist, sein Geld dafür auszugeben, dass Russland zu so etwas ähnlichem wird, wie das, was »wir verloren haben«.

Nachdem Borodai zum Ministerpräsidenten der Volksrepublik Donezk ernannt worden war, bestätigte Konstantin Malofeew selbst der russischen Tageszeitung »Wedomosti«, dass Borodai früher in seiner Firma Marshall Capital gearbeitet habe. Mit Igor Strelkow, der als Anführer der Freischärler zum Held der Nachrichten über die Kämpfe in Slowjansk wurde, hat mich auf der Krim Borodai persönlich bekannt gemacht. Außerdem behauptete er seinen alten Freund Strelkow selbst auf die Krim eingeladen zu haben.

So hat also diese »öffentlich-private Partnerschaft« auf der Krim ausgesehen. Auf staatlicher Seite wurde die Krim, wie bereits bekannt, durch die russische Armee annektiert und auf der privaten Seite durch die Leute des Oligarchs Malofeew.

Slowjansk gegen Donezk

In der Rolle des »Volksgouverneurs« des Donbass trat als erster Pawel Gubarew auf. Er verschwand dann schnell in einem Kiewer Gefängnis und nachdem er wieder in die Freiheit entlassen wurde, gab er einige skandalträchtige Erklärungen ab. Aus dem Gefängnis befreite ihn eigentlich nur Strelkow – im Austausch gegen ukrainische Soldaten. Den anderen Anführern der Donezker Volksrepublik war die Freiheit Gubarews ganz offensichtlich nicht mehr nötig. Gubarew ist so bereits eine Übergangsfigur aus einer früheren Folge der Geschichte und nicht mehr. Er hatte sich in Eigenregie zum »Volksgouverneur« ernannt, ich vermute für den Fall, dass Moskau plötzlich einen lokalen Alexej Tschalyj in Donezk benötigen sollte. Höchstwahrscheinlich konnte der ukrainische Geheimdienst Gubarew auch nur deswegen so leicht verhaften, weil Donezk selbst ihn auslieferte, da »Eigeninitiative nicht benötigt wird«.

Die Anführer der Donezker Volksrepublik, die laut Gubarew vom wichtigsten Donezker Oligarchen, Rinat Achmetow unterstützt wurden, gehören zur Mannschaft von Denis Puschilin (von seinen Verbindungen zu Achmetow berichtet offen und mit einigen konkreten Beispielen, [die russische Journalistin] Julia Latynina; erinnert sei auch an die Anekdote, nach der die Leute Puschilins eine Bankfiliale verteidigten, die der Familie des Ex-Präsidenten Janukowitsch gehörte).

Puschilins Leute halten bereits einen Monat lang Gebäude im Zentrum von Donezk besetzt ohne zu schießen (entweder haben sie keine Waffen oder nur wenige), hängen auf ihren Barrikaden Plakate auf, veranstalten Kundgebungen und bedrohen eigentlich niemanden. Trotzdem schaffen sie ein überzeugendes Bild des Separatismus in Donezk. Ich nehme an, dass Rinat Achmetow genau dieses Bild benötigte, um mit Kiew zu verhandeln und versprechen zu können, Puschilin und seine Leute zum Rückzug zu bewegen, wenn Kiew die gewünschten Zugeständnisse mache. Es wäre wahrscheinlich letztendlich auch alles so gelaufen, wenn da nicht Slowjansk gewesen wäre. In Donezk sitzen Leute in Verwaltungsgebäuden, Rentner gehen zu Kundgebungen und auf den Straßen sind Pseudobarrikaden zu sehen. In Slowjansk ist alles ernst. In Slowjansk sitzt Strelkow.

Che Guevara in Bolivien

Strelkow hat keinen Platz in ausgeklügelten Plänen, wie dem des Pseudo-Separatisten Puschilin, der versucht Kiew im Interesse von Achmetow, Janukowitsch oder Moskau einzuschüchtern. Strelkow kämpft einfach. Er tut das, von dem er schon immer geträumt hat, als er historische Schlachten nachspielte und in der [extrem nationalistischen russischen] Zeitung »Sawtra« Artikel schrieb.

Die anhaltenden Gerüchte über einen Militärputsch in der Donezker Volksrepublik, d. h. über den Sturz Puschilins durch Strelkow, belegen in erster Linie den eskalierenden Konflikt zwischen Slowjansk und Donezk. Donezk braucht Slowjansk nicht, Puschilin braucht Strelkow nicht. Strelkow macht es den Separatisten in Donezk unmöglich nach Hause zu gehen, selbst wenn Achmetov Puschilin entsprechende Anweisungen gibt.

Die Kämpfer in Slowjansk haben schon mehrfach Geiseln genommen, aber die wichtigsten Geiseln sitzen in Donezk – die Separatisten wider Willen, die gedacht haben, dass alles nur ein Spiel sei, bis Strelkow kam. Der ernannte seinen Freund Borodai zum Ministerpräsidenten der Donezker Volksrepublik und übernahm damit de facto selber die Macht im Donezker Büro der Volksrepublik.

Das wiederum bedeutet, dass Borodai den Posten des Ministerpräsidenten der Donezker Volksrepublik nicht als Kreml-gesteuerter Polittechnologe erhalten hat, sondern als Freund von Strelkow, als Verteidiger des Weißen Hauses [d. h. des Gebäudes des russischen Parlaments gegen den von Präsident Boris Jelzin angeordneten Einsatz der Armee] im Jahr 1993, als langjähriger Autor der Zeitung »Sawtra« und als Freund der Familie des [links-nationalistischen Agitators] Alexander Prochanow.

Wenn wir von Leuten des Kreml reden, dann meinen wir in der Regel abgebrühte Zyniker, die für Geld bereit sind alles zu sagen und zu tun, was verlangt wird. Das ist aber eine unglückliche Verharmlosung, da es in Wirklichkeit eine beachtliche Zahl von Menschen gibt, die die derzeitigen Werte des Kreml für sich selbst bereits 20 Jahren vor Putin formuliert haben. Das sind Menschen, die schon immer von einem solchen Kreml geträumt haben, wie wir ihn jetzt haben, für die die Arbeit für diesen Kreml nicht einfach ein Job ist, sondern die Fortsetzung dessen, was sie bei der Zeitung »Sawtra« schon vor langer Zeit gemacht haben.

Ohne Zweifel gehört Borodai genau zu dieser Gruppe. Sein Auftauchen in Donezk nicht in der Rolle eines geheimen Beraters, sondern eines Menschen, der offen ein schweres Verbrechen nach ukrainischem Recht begeht, zeigt, dass er nicht mehr von jemandem angestellt ist. Die jüngsten Äußerungen Strelkows zeigen alles Mögliche, aber nicht, dass ihm Russland hilft. Strelkow ist offensichtlich verzweifelt. Die einheimische Bevölkerung unterstützt ihn wohl nicht und ist schon gar nicht bereit zu kämpfen. Hilfe kann er von niemandem erwarten. Er ist in der Lage von Che Guevara

in Bolivien – alle denken, dass jetzt alles wie in Kuba wird, aber tatsächlich wird natürlich alles ganz anders.

Dass Borodai sich Strelkow angeschlossen hat, gehört zu einer Geschichte über wahre Freundschaft und sonst nichts. Borodai kann nicht als Beweis für die Verantwortung des Kreml an Strelkows Aktivitäten dienen. Das ist nicht die Hand Moskaus, es ist einfach Borodai – auch so etwas gibt es.

Russland trägt selbstverständlich von Anfang an Verantwortung für die Krise in der Ukraine. Und speziell im Falle des Donbass reicht bereits die propagandistische Unterstützung aus, um Russland als Förderer der Separatisten zu bezeichnen. Die propagandistische Unterstützung kann nach Bedarf an- und wieder abgestellt werden, wie es auch schon mehrfach geschehen ist. Aber wie kann der Feldherr Strelkow abgestellt werden? Die Entwicklung der Ereignisse in Slowjansk demonstriert, dass dieser Abschnitt der ukrainischen Front sich längst nach seiner eigenen Logik entwickelt, längst den Rahmen der inner-ukrainischen Intrigen mit Beteiligung Achmetows verlassen hat und auch den der von der Krim bekannten »öffentlich-privaten Partnerschaft«.

Übersetzung aus dem Russischen: Lina Pleines

UMFRAGE

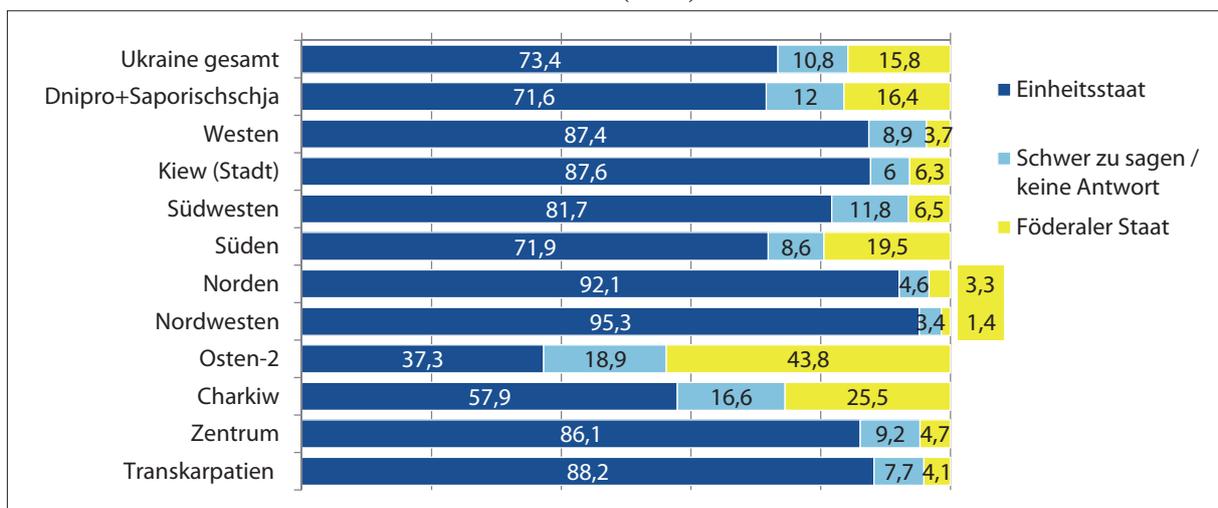
Einheitsstaat vs. föderaler Staat

Grafik 1: Zuordnung der Oblaste der Ukraine zu den Makroregionen für die Umfragen zu »Einheitsstaat vs. föderaler Staat« und »Sprachsituation« des Zentrums »Sozis« zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut für Soziologie (KIIS) und der Agentur für soziologische Umfragen »Rating« vom 8.–13. Mai 2014



Quelle: Repräsentative Umfrage des Zentrums »Sozis« zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut für Soziologie (KIIS) und der Agentur für soziologische Umfragen »Rating« vom 8.–13. Mai 2014, <<http://socis.kiev.ua/ua/press/rezultaty-sotsiolohichnohodoslidzhennja-reyтынhy-kandydativ.html>>; Karte: <<http://english.freemap.jp/blankmap/>>

Grafik 2: Welche Staatsform befürworten Sie? (in %)

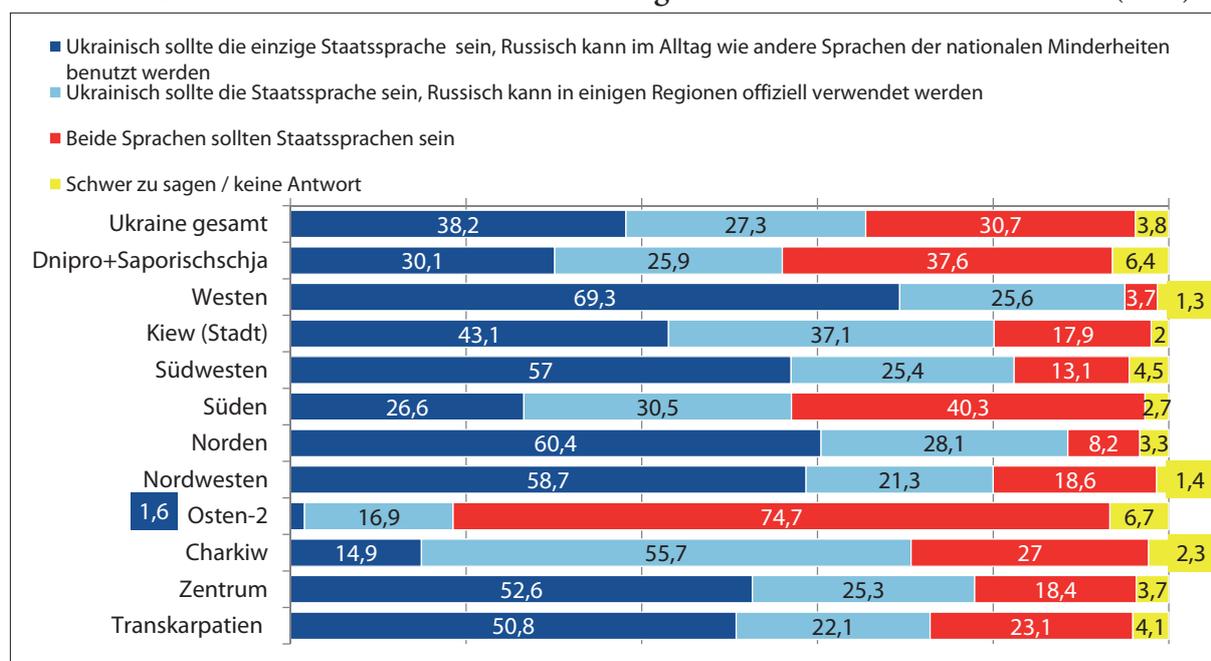


Anmerkung: zur Zuordnung der Oblaste der Ukraine zu den Makroregionen siehe Grafik 1 auf dieser Seite.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Zentrums »Sozis« zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut für Soziologie (KIIS) und der Agentur für soziologische Umfragen »Rating« vom 8.–13. Mai 2014, <<http://socis.kiev.ua/ua/press/rezultaty-sotsiolohichnohodoslidzhennja-reyтынhy-kandydativ.html>>

Sprachsituation

Grafik 1: Momentan wird die Sprachsituation in der Ukraine aktiv diskutiert. Wie sollten Ukrainisch und Russisch Ihrer Meinung nach in der Ukraine koexistieren? (in %)



Anmerkung: zur Zuordnung der Oblaste der Ukraine zu den Makroregionen siehe Grafik 1 auf S. 17

Quelle: Repräsentative Umfrage des Zentrums »Sozis« zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut für Soziologie (KIIS) und der Agentur für soziologische Umfragen »Rating« vom 8.–13. Mai 2014, <<http://sosis.kiev.ua/ua/press/rezultaty-sotsiologichnohodslidzhennja-reytyn-hy-kandydativ.html>>

Die Ansichten der Bürger in der Südost-Ukraine (April 2014)

Tabelle 1: Was zieht Sie an Russland am meisten an? (Mehrfachnennungen möglich; in %)

	Südosten gesamt	Dnipro-petrowsk	Donezk	Saporischschja	Luhansk	Myko-laiw	Odessa	Charkiw	Cherson
Kultur	13,4	9,4	14,6	10,4	7,7	10,4	18,5	18,3	17,8
Die Stabilität der Wirtschaftslage	25,7	11,1	41,8	13,8	34,7	19,6	22,2	28,2	16,3
Hohe Gehälter und Renten	25,3	9,9	39,6	17	30,3	26,6	17,5	32,9	17,6
Die Stabilität der Regierung	21,2	10,1	37,9	12,6	24,8	23,6	19	17,1	9,9
Anderes	3,8	4,2	3	4	3,7	2,5	3	4,5	6,9
Schwer zu sagen	7,9	10,4	4,7	10,6	9,9	7,2	7,4	6,4	8,9
Nichts	35,2	55	20	46,7	21,6	45,2	36,8	30,4	40,1
Keine Antwort	1,9	2,5	1	1,7	3,2	2	2,7	1,2	0,7

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) vom 8.–16. April 2014, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=rus&cat=reports&id=302&page=2>>

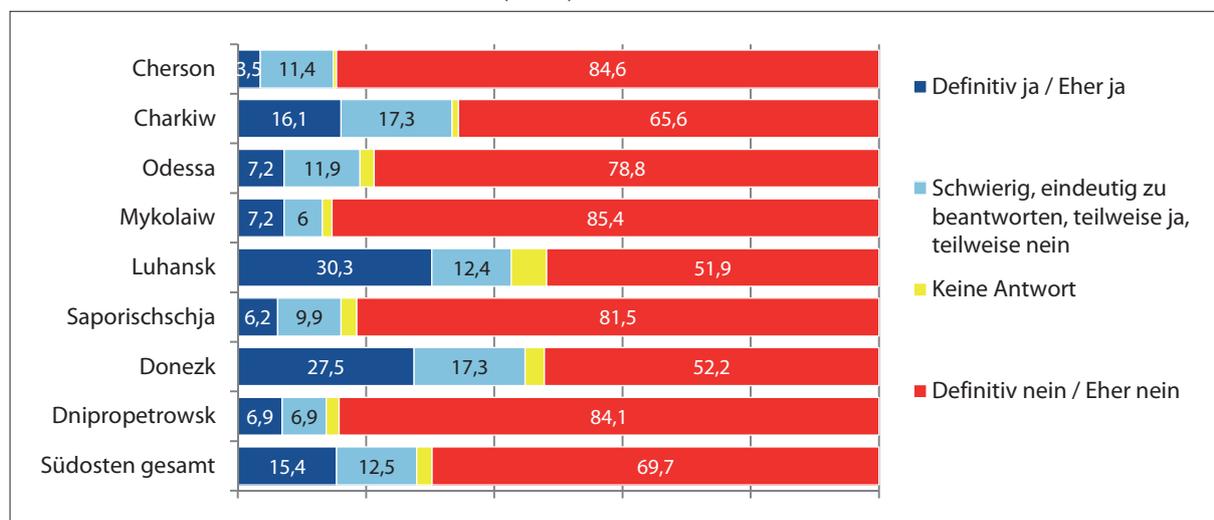
Tabelle 2: Sind Sie mit folgenden Äußerungen einverstanden? (in %)*

	Südosten gesamt	Dnipro- petrowsk	Donezk	Sapo- rischscha	Luhansk	Mykolaiw	Odessa	Charkiw	Cherson
zwischen der Ukraine und Russland herrscht Krieg	36,8	44,6	28,2	34,8	26,8	60	41	31,2	50,2
Russland mischt sich illegal in die inneren Angelegenheiten der Ukraine ein	54,1	72	32,9	66,4	33,5	78,2	61	51	69,8
Russland hat die separatistischen Kundgebungen und die Besetzung der Verwaltungsgebäude im Südosten der Ukraine organisiert	38,3	55,7	17,3	41	21,3	60,3	47,7	35,1	60,4
Russland schützt gerechtfertigterweise die Interessen der russischen Bürger im Südosten	32,6	21	47	19,5	44,2	14,6	30,6	36,6	23,5
Russland hat keinen Einfluss auf das, was in der Ukraine geschieht	18,1	16,1	23,5	11,1	18,4	12,9	16,3	19,1	21,5
Russland tut alles, um die Ukraine an sich anzuschließen	40,7	50,2	35,6	39,5	31	58,6	41,7	35,9	44,3

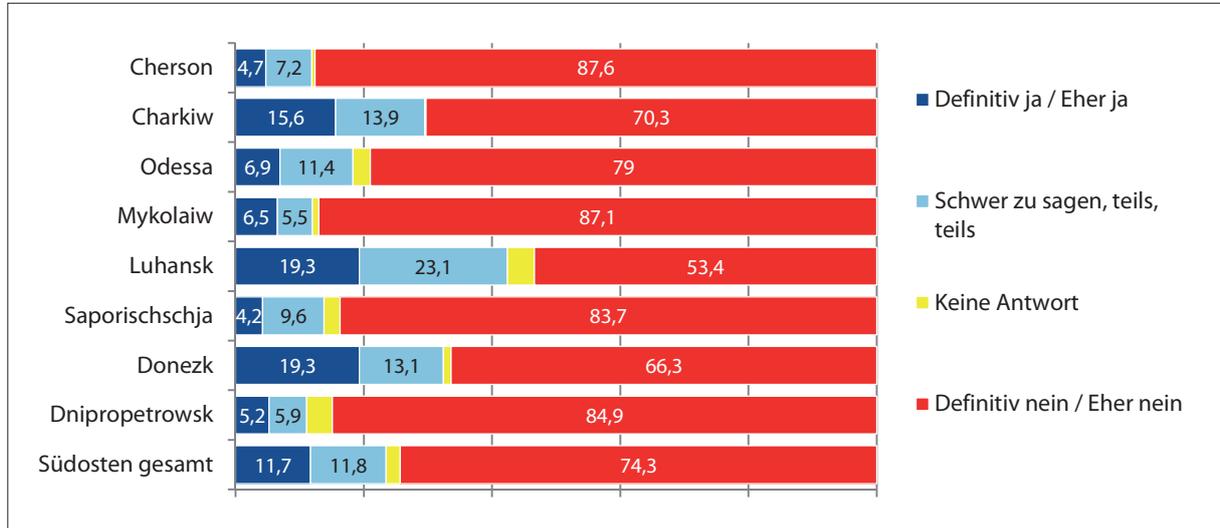
* Hier werden nur die Ja-Antworten angegeben. Die Fragen wurden einzeln gestellt, deswegen ergibt sich bei der Summierung nicht 100 %. Für die vollständigen Umfragewerte siehe die Quelle.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) vom 8.–16. April 2014, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=rus&cat=reports&id=302&page=2>>

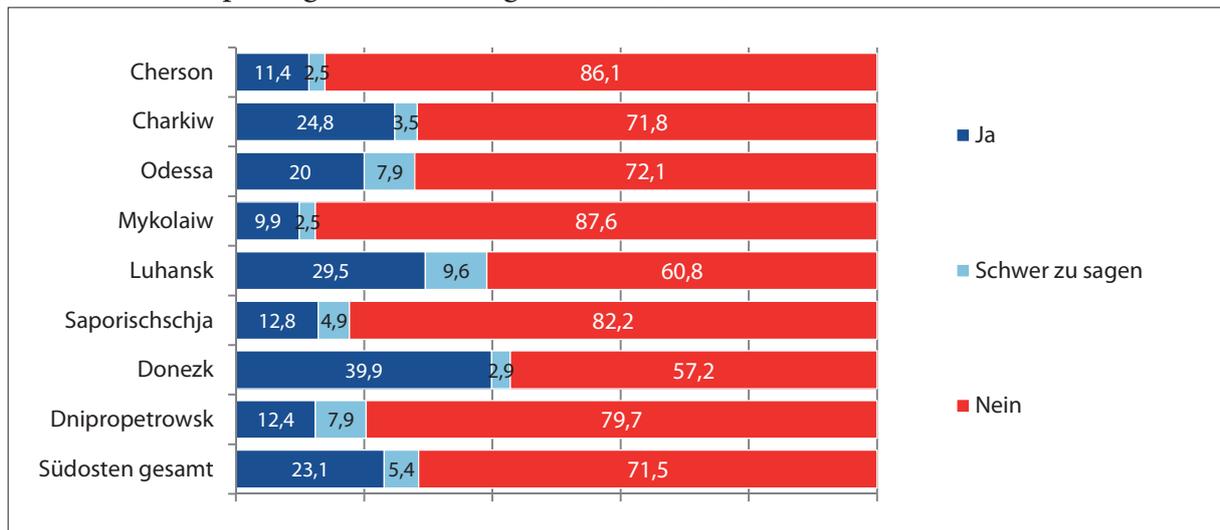
Grafik 1: Unterstützen Sie die Ansicht, dass Ihre Region sich von der Ukraine abspalten und an Russland anschließen soll? (in %)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) vom 8.–16. April 2014, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=rus&cat=reports&id=302&page=2>>

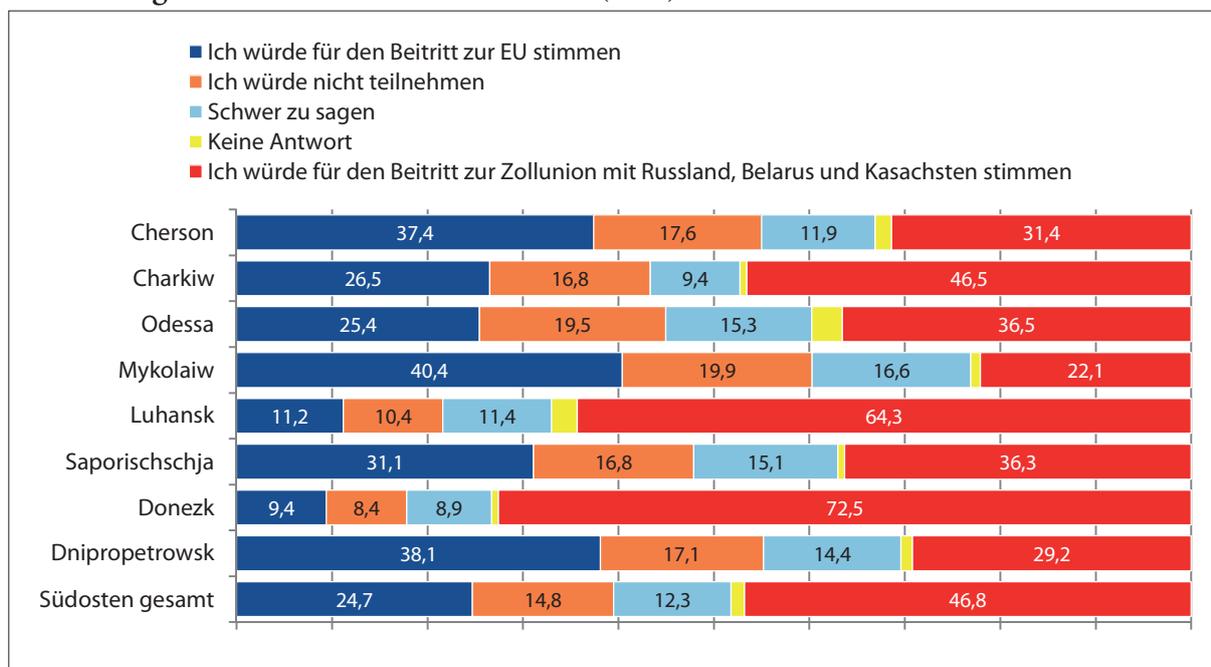
Grafik 2: Unterstützen Sie den Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine? (in %)

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) vom 8.–16. April 2014, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=rus&cat=reports&id=302&page=2>>

Grafik 3: Stimmen Sie der folgenden Aussage zu: »In der Ukraine werden die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung verletzt?« (in %)

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) vom 8.–16. April 2014, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=rus&cat=reports&id=302&page=2>>

Grafik 4: Wenn es in naher Zukunft eine Volksabstimmung über den Beitritt der Ukraine zu der Europäischen Union oder der Zollunion mit Russland, Belarus und Kasachstan gäbe: Wie würden Sie abstimmen? (in %)



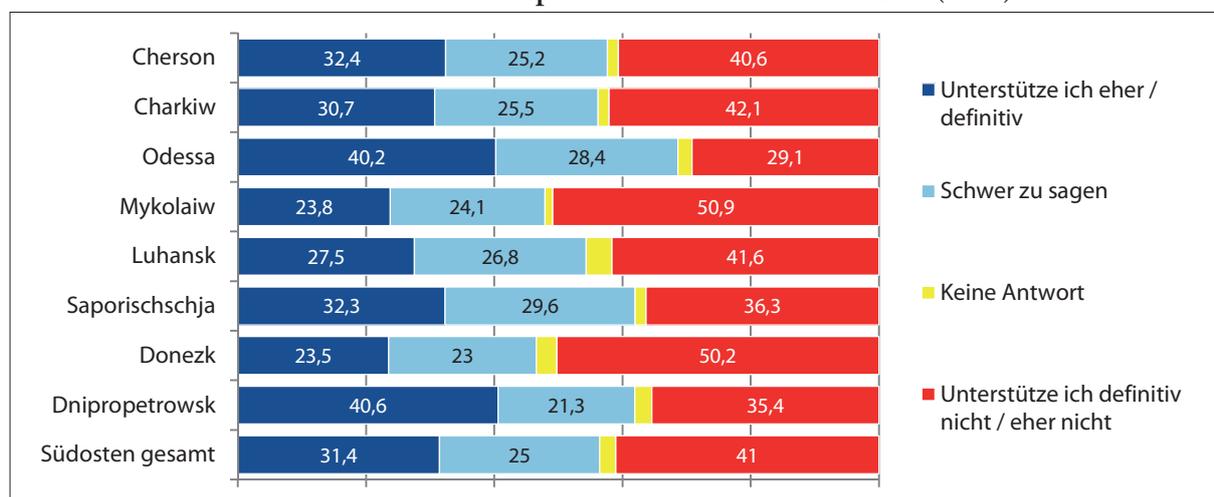
Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) vom 8.–16. April 2014, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=rus&cat=reports&id=302&page=2>>

Tabelle 3: Wer sollte Ihrer Meinung nach über die wichtigsten Bestimmungen der neuen Verfassung der Ukraine zu Staatsform, Befugnissen des Zentrums und der Regionen, Sprachen und so weiter entscheiden? (in %)

	Südosten gesamt	Dnipropetrowsk	Donezk	Saporischschja	Luhansk	Mykolaiw	Odessa	Charkiw	Cherson
die Ukraine selbst	87,7	87,4	86,9	89,6	83,4	92,3	86,7	89,1	91,6
die Ukraine unter Beteiligung Russlands	6,3	5	8,2	3,2	8,4	2	8,1	7,4	1,5
die Ukraine unter Beteiligung der EU und der USA	0,9	0,7	0,7	0,5	0,5	2,5	1,5	0,7	1,7
die Ukraine unter Beteiligung Russlands, der EU und der USA	0,8	1,5	0,7	1	1	1	0,7	0,2	0,2
Schwer zu sagen	3,3	3,2	3	5,4	5,2	2	1,7	2	5
Keine Antwort	0,9	2,2	0,5	0,2	1,5	0,2	1,2	0,5	0

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) vom 8.–16. April 2014, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=rus&cat=reports&id=302&page=2>>

Grafik 5: Einige Leute glauben, dass man, um die Probleme zu überwinden, mehr mit den Vertretern der großen Unternehmen kooperieren und sie mehr in die Regierung einbeziehen sollte. Andere widersprechen dem. Was denken Sie? (in %)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) vom 8.–16. April 2014, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=rus&cat=reports&id=302&page=2>>

Tabelle 4: Welcher dieser Meinungen bezüglich der Oligarchen in der Ukraine können Sie sich eher anschließen? (in %)

	Südosten gesamt	Dnipropetrowsk	Donezk	Saporischschja	Luhansk	Mykolaïw	Odessa	Charkiw	Cherson
Man muss das Eigentum von Oligarchen verstaatlichen	24,3	23,3	38,1	22	24,6	20,1	17,8	15,1	18,6
Man muss nur das Eigentum von Oligarchen verstaatlichen, das diese illegal erworben haben	41,2	40,3	35,1	40,2	48,1	37,5	44,2	47	36,9
Eigentum darf nicht verstaatlicht werden, aber die Oligarchen müssen für das illegal erworbene Eigentum extra zahlen	14,4	11,4	11,4	16,8	8,2	17,4	16	19,6	23,8
Die Schattenwirtschaft soll amnestiert werden	5,5	8,9	3	1,7	5	11,9	5,9	4,2	7,9
Der Staat muss das Privateigentum respektieren und dessen Schutz garantieren	4,3	5	3,7	4	2,2	5,2	4,7	4,7	6,4
Schwer zu sagen	9,5	8,2	7,9	15,1	10,7	7,4	11,4	9,2	6,4
Keine Antwort	0,9	3	0,7	0,2	1,2	0,5	0	0,2	0

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) vom 8.–16. April 2014, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=rus&cat=reports&id=302&page=2>>

Tabelle 5: Was macht Ihnen heute am meisten Angst? (in %)

	Südosten gesamt	Dnipro- petrowsk	Donezk	Sapo- risschja	Luhansk	Mykolaiw	Odessa	Charkiw	Cherson
Banditentum	43,1	43,3	51,5	37,5	29,8	48,1	46,2	40,1	42,6
Der Zusammenbruch der ukrainischen Wirtschaft	39,2	27,5	44,3	32,8	42,7	48,4	40	36,9	53,2
Die Gefahr eines Bürgerkriegs	31,7	26,7	40,6	27,7	28,5	29,3	31,4	24,5	47,8
Die Nichtzahlung von Gehältern und Renten	24,6	13,6	32,4	26,7	28	30,3	31,9	18,6	11,9
Die Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen mit Russland	19,7	8,2	26,7	10,1	36,2	13,9	11,1	24	23,5
Das Wachstum von Radikalismus und Nationalismus	19,1	10,6	22,5	13,1	26,6	20,8	19,3	19,1	24,5
Das Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren	18,6	9,9	24,5	16,8	20,3	23,1	24	15,8	12,4
Die Gefahr einer Invasion durch russische Angreifer	16,9	17,1	6,4	15,6	10,7	36,2	20,2	16,3	45,3
Die Unaufmerksamkeit der Zentralregierung gegenüber den Problemen der Südost-Ukraine	16,8	8,7	19,8	15,6	22,8	23,6	15,8	13,6	22,3
Das Anwachsen der separatistischen Stimmung	13,7	10,9	12,6	9,6	12,7	21,3	14,1	14,9	23,5
Ein NATO-Beitritt	9,6	2,5	15,3	5,2	10,7	5	12,8	10,1	12,1
Eine einseitige Berichterstattung in den ukrainischen Medien über die Themen der Region und des Landes	8,2	5,7	11,9	7,9	7,2	6	6,2	10,6	5,7
Eine Einführung des Visaregimes mit Russland	7,3	4	9,4	3	7,2	3,2	5,9	11,1	14,1
Das Aufzwingen einer Sprache	6,5	2	9,4	2,5	12,7	4,5	4	7,7	7,9
Die Abschaltung der russischen TV-Kanäle	5	2	6,4	2,5	3,7	4	4,9	10,6	3,5
Anderes	1,8	3,2	1	2,7	0,7	0,5	2	2,2	1,7
Schwer zu sagen	1,8	2	0,7	3,5	1,5	2	1,5	2,7	1
Keine Antwort	0,9	1	1	1,5	2	0,5	0,5	0,2	0

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) vom 8.–16. April 2014, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=rus&cat=reports&id=302&page=2>>

Ansprache von Rinat Achmetow vom 14. Mai 2014

»Ein glücklicher Donbass in einer einheitlichen Ukraine« (inoffizielle Übersetzung)

Heute erlebt der Donbass seine schwierigste Situation. Der Donbass hat Angst. Menschen schließen ihre Geschäfte und Büros, verlassen die Stadt, in den Straßen wird geschossen und getötet.

Es ist eine große Not für unsere Region.

Wir leben in Not. Und ich möchte, dass der Donbass und jeder Bewohner unserer Region glücklich ist. Was ist Glück? Glück ist es, wenn es Frieden gibt.

Glück ist es, wenn die Seele beruhigt ist. Glück ist es, wenn die Wirtschaft stark ist, neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die Menschen einen anständigen Job, ein anständiges Gehalt und ein menschenwürdiges Leben haben.

Glück ist es, wenn wir respektiert werden, wenn die Menschen unser Erbe, unsere Geschichte, unsere Sprache und unsere Feiertage und Traditionen sowie unser Streben nach einem besseren Leben respektieren.

Wie können wir das erreichen? Meiner Meinung nach gibt es vier Szenarien.

Szenario Nummer eins: Es bleibt, wie es ist. Kiew hat die ganze Macht und die Regionen werden nach dem Restprinzip finanziert. Dieser Weg ist nicht mehr sinnvoll und hat kein Recht fortzubestehen, davon bin ich zutiefst überzeugt.

Szenario Nummer zwei: die Volksrepublik Donezk. Niemand in der Welt wird sie anerkennen. Die Struktur unserer Wirtschaft besteht aus Kohleindustrie, Metallurgie, dem Energiesektor, dem Maschinenbau, chemischer Industrie und Landwirtschaft und allen damit verbundenen Unternehmen. Wir werden unter immense Sanktionen fallen, wir werden weder in der Lage sein zu verkaufen noch zu produzieren. Das bedeutet Rezession, Arbeitslosigkeit, Armut.

Szenario Nummer drei: der Beitritt zu Russland. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass das weder Russland noch der Donbass brauchen. Und weder Russland noch der Donbass würden davon profitieren. Wir werden unter immense Sanktionen fallen und weder in der Lage sein zu verkaufen noch zu produzieren. Das bedeutet Rezession, Arbeitslosigkeit, Armut.

Und Szenario Nummer vier. Meiner Meinung nach ist dies der einzig richtige Weg: eine Änderung der Verfassung, die Dezentralisierung der Macht. Diese findet statt, wenn die Macht sich von Kiew in die Regionen verschiebt. Sie findet statt, wenn die Regierung nicht ernannt, sondern gewählt wird. Und sie findet statt, wenn die lokale Regierung für die Gegenwart und die Zukunft der Menschen Verantwortung übernimmt.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass der Donbass nur in einer einheitlichen Ukraine glücklich sein kann.

Quelle: <<http://www.scm.com.ua/ru/media-centre/news/view/1542/>>

Memorandum der Verständigung und des Friedens vom 20. Mai 2014 (inoffizielle Übersetzung)

Am 20. Mai 2014 hat das Parlament der Ukraine mit 252 Stimmen das Memorandum der Verständigung und des Friedens verabschiedet. Die Kommunisten und die nationalistische Partei „Swoboda“ haben dabei nicht mit abgestimmt. Die Verabschiedung eines solchen Memorandums wurde nach dem zweiten nationalen Runden Tisch in Charkiw beabsichtigt.

Die Ukraine erlebt den dramatischsten Moment in ihrer jüngeren Geschichte.

Zur Deeskalation der Spannungen in einigen Regionen des Landes fordert die Werchowna Rada der Ukraine alle Bürger der Ukraine auf, einander die Hände zu reichen, einander von den radikalen Aktionen und vom Hass abzuhalten und gemeinsam zur Zusammenarbeit für den Schutz, die Entwicklung und den Ausbau einer demokratischen, souveränen und vereinigten Ukraine zurückkehren, in der die Menschen aller Nationalitäten, politischen Überzeugungen und Religionen frei und freundlich zusammenleben.

Die Werchowna Rada der Ukraine appelliert an alle Bürgerinnen und Bürger, sich zum Wohle unserer gemeinsamen Heimat – der Ukraine – zu vereinen.

Die Werchowna Rada der Ukraine unterstützt voll und ganz die Genfer Vereinbarungen der ukrainischen Diplomaten, der Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und Russlands vom 17. April 2014, die auf die Deeskalation der Spannungen und die Wiederherstellung der Sicherheit der Bürger ausgerichtet sind.

Die Werchowna Rada der Ukraine unterstützt den nationalen Dialog im Rahmen des nationalen Runden Tisches für die nationale Einheit.

Die Werchowna Rada der Ukraine unterstützt die Präsidentschaftswahl der Ukraine am 25. Mai 2014 als Garant für Frieden und Einheit in der Gesellschaft und fordert alle öffentlichen Behörden auf, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger bei der Abstimmung und der Feststellung der Wahlergebnisse zu gewährleisten. Die Werchowna Rada der Ukraine fordert zur Durchführung von fairen und transparenten demokratischen Präsidentschaftswahlen mit gleichen Chancen für alle Präsidentschaftskandidaten auf. Die Werchowna Rada der Ukraine ruft alle Bürger der Ukraine auf, an den Präsidentschaftswahlen teilzunehmen und alle Aktivitäten, die die Wahlrechte der Bevölkerung verletzen, zu stoppen.

Die Werchowna Rada der Ukraine verurteilt die widerrechtliche Verwendung von Waffen und Gewalt, die zum Massenmord und zu anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit geführt haben. Die Werchowna Rada der Ukraine spricht allen Hinterbliebenen ihr Mitgefühl aus.

Die Werchowna Rada der Ukraine dankt allen Bürgern der Ukraine, die sich an den Maßnahmen zur Gewährleistung der Rechte und Freiheiten der Bürger zur Erhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung und der territorialen Integrität der Ukraine beteiligen.

Auf der Grundlage ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse und auf Basis eines breiten nationalen Dialogs stellt die Werchowna Rada der Ukraine eine sofortige Verfassungsreform sicher, die auf der Dezentralisierung der Macht basiert und Folgendes vorsieht:

1. den Status der Ukraine als parlamentarisch-präsidiale Republik und die Machtbalance zwischen allen Bereichen der zentralen und lokalen Ebenen zu gewährleisten;
2. die Regionen mit den notwendigen finanziellen Mitteln durch eine gerechte Verteilung der Einnahmen des Staatshaushaltes auszustatten;
3. eine umfassende Justizreform mit dem Ziel durchzuführen, die Rechte der Bürger auf faire und gerechte Gerichtsverfahren zu garantieren, und die Unabhängigkeit der Justiz zu gewährleisten;
4. die Reform der Strafverfolgungsbehörden und Staatsanwälte durchzuführen, um die Rechte und Freiheiten der Bürger und ihre Sicherheit zu gewährleisten sowie das Vertrauen in das Strafverfolgungssystem wiederherzustellen, auch durch die Abschaffung der allgemeinen Aufsicht der Staatsanwaltschaft;
5. den Kampf gegen die Korruption auf allen Ebenen der Regierung zu führen, eine Nationale Anti-Korruptionsbehörde der Ukraine mit weitreichenden Befugnissen zu gründen, um die Tätigkeiten der Beamten zu beaufsichtigen.

Die Werchowna Rada der Ukraine fordert dazu auf, interreligiöse und interethnische Konflikte im Land zu verhindern.

Zusammen mit dem verfassungsrechtlichen Status des Ukrainischen als Staatssprache wird die Werchowna Rada der Ukraine den Status des Russischen garantieren. Der Staat wird die Minderheitensprachen auch an Orten, in denen nationale Minderheiten dicht beieinander wohnen, unterstützen.

Die Werchowna Rada der Ukraine verabschiedet das Gesetz der Ukraine »Über die lokalen Volksabstimmungen«.

Die Werchowna Rada der Ukraine verpflichtet sich, ein Gesetz über die Nichtverfolgung der Bürgerinnen und Bürger, die an Massenaktionen in der Ukraine teilgenommen haben, zu verabschieden, wenn diese die besetzten Gebäude und andere öffentliche Orte freigeben und ihre Waffen freiwillig niederlegen – mit Ausnahme der Personen, die schwere und besonders schwere Verbrechen gegen das Leben und die Gesundheit von Menschen begangen haben.

Die Werchowna Rada der Ukraine fordert die Entwaffnung aller illegalen Streitkräfte und das Niederlegen illegaler Waffen durch die Bürger, die Rückgabe aller besetzten Gebäude an ihre rechtmäßigen Eigentümer und die Räumung aller besetzten Straßen, Plätze und anderer öffentlicher Orte in den ukrainischen Städten und Dörfern.

Die Werchowna Rada der Ukraine fordert die Strafverfolgungsbehörden auf, einen Aktionsplan vorzubereiten, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, Angriffe auf die menschliche Gesundheit und das Leben zu verhindern und – wenn die Geiseln freigelassen, die öffentlichen Gebäude freigegeben sowie die Waffen durch alle illegalen Streitkräfte niedergelegt wurden – die Rückkehr der an der Anti-Terror-Operation beteiligten Soldaten an die Orte ihrer dauerhaften Stationierung zu gewährleisten.

Wir sind alle verschieden, aber wir sind alle eins, da wir die Bürger einer souveränen, unabhängigen und unteilbaren Ukraine sind.

Wir müssen alles tun, um unseren Nachkommen diesen kostbaren Schatz nicht zu rauben.

Quelle: <<http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/1280-18>>

Die Menschenrechtssituation in der Ukraine

Report on the human rights situation in Ukraine (OHCHR, 15 May 2014)

I. Executive Summary

1. The present report is based on the findings of the United Nations (UN) Human Rights Monitoring Mission in Ukraine (HRMMU)¹ covering the period of 2 April – 6 May 2014. It follows the first report on the human rights situation in Ukraine released by the Office of the UN High Commissioner for Human Rights (OHCHR) on 15 April 2014.

2. Since the issuance of the first report, the HRMMU has noted the following steps undertaken by the Government of Ukraine to implement some of the recommendations from the report. These include: the drafting of legislation on peaceful assembly; and the development of a policy to prevent the negative stereotyping of minority communities in the media.

3. The HRMMU also notes the ongoing investigation by the Office of the General Prosecutor into the gross human rights violations that were committed during the violent Maidan clashes between November 2013 and February 2014 that resulted in the killing of protesters and police, as well as allegations of torture and reports of missing persons. These investigations need to be completed in a timely, independent, effective and impartial manner to ensure accountability and justice for all, both victims and alleged perpetrators; the process and the results of these investigations must be transparent.

4. OHCHR appreciates that the Government of Ukraine has welcomed the HRMMU, offering open and constructive cooperation. It has been forthright in providing information and discussing with the HRMMU human rights concerns: right to life, liberty and security of person, the freedoms of movement, peaceful assembly, expression and association, as well as right to fair trial and equal access to justice without discrimination and the protection of the rights of all minorities.

5. The main findings and conclusions for the period covered by this report are:

i. The Government of Ukraine is taking steps to implement the provisions of the Geneva Agreement concluded on 17 April 2014.² On the same day, the Cabinet of Ministers of Ukraine issued an Order “On the organization of the discussion of amendments to the provisions of the Constitution of Ukraine on decentralization of State power”. On 18 April, a parliamentary coalition suggested to all political parties represented in the parliament to sign a memorandum of understanding regarding ways to resolve the situation in eastern Ukraine. According to acting President and Speaker of Parliament Turchynov, the initiative was not supported by members of the opposition. On 22 April, the draft law “On prevention of harassment and punishment of persons in relation to the events that took place during mass actions of civil resistance that began on 22 February 2014” was registered in Parliament.

ii. Armed groups continue to illegally seize and occupy public and administrative buildings in cities and towns of the eastern regions and proclaim “self-declared regions”. Leaders and members of these armed groups commit an increasing number of human rights abuses, such as abductions, harassment, unlawful detentions, in particular of journalists. This is leading to a breakdown in law and order and a climate of intimidation and harassment.

iii. In the aftermath of the 16 March unlawful “referendum”³ in the Autonomous Republic of Crimea, Ukraine, there are increasing reports of residents being affected by the changing institutional and legal framework. Human rights concerns relate to citizenship, property and labour rights, access to health and education. Of concern to the HRMMU, are the increasing reports of on-going harassment towards Crimean Tatars, and other residents who did not support the “referendum”. The reported cases of Crimean Tatars facing obstruction to their freedom of movement, as well as the recent attack on the building of the parliament of the Crimean Tatar people are worrying devel-

¹ Concept note on the HRMMU is attached.

² The Geneva meeting took place on 17 April 2014. As the result of the negotiations between the representatives of Ukraine, EU, USA and Russian Federation in Geneva on 17 April 2014, an agreement was reached on initial concrete steps to de-escalate tensions and restore security for all: (1) All sides must refrain from any violence, intimidation or provocative actions; (2) All illegal armed groups must be disarmed; all illegally seized buildings must be returned to legitimate owners; all illegally occupied public offices must be vacated; (3) Amnesty granted to the protestors who left seized buildings and surrendered weapons, with the exception of those found guilty of capital crimes; and (4) The announced constitutional process will be inclusive, transparent and accountable carried out through a broad national dialogue.

³ UN General Assembly Resolution 68/262 on the territorial integrity of Ukraine, OP 5: “Underscores that the referendum held in the Autonomous Republic of Crimea and the city of Sevastopol on 16 March 2014, having no validity, cannot form the basis for any alteration of the status of the Autonomous Republic of Crimea or of the city of Sevastopol”.

opments. Legislation of the Russian Federation is now being enforced in Crimea, in contradiction with UN General Assembly resolution 68/262, entitled “Territorial integrity of Ukraine”. In addition, its differences with Ukrainian laws will have a significant impact on human rights, posing in particular limitations on the freedoms of expression, peaceful assembly, association and religion.

iv. The Government of Ukraine needs to carry out a prompt, transparent and comprehensive investigation into the violent events in Odesa and ensure that the perpetrators are brought to justice in a timely and impartial manner. The impact of the 2 May violence in Odesa has hardened the resolve of many, and strengthened the rhetoric of hatred. In its aftermath, a call was made for mobilisation to join local armed groups in the eastern regions of Donetsk and Luhansk. Referenda on the “recognition” of the so-called “Donetsk People’s Republic and “Luhansk People’s Republic” were planned in both regions for 11 May.

v. Many peaceful demonstrations have been observed by the HRMMU in the country. A tendency has been observed for a peaceful protest to suddenly turn into a violent confrontation. Increasingly the result of such violent acts and confrontation leads to numerous deaths and injuries. All too often, the police appear unable to guarantee the security of participants, and ensure law and order. Peaceful assemblies must be permitted, both as a matter of international law and as a way for people to express their opinion. Policing should facilitate such assemblies, ensuring the protection of participants, irrespective of their political views.

vi. In eastern Ukraine, freedom of expression is under particular attack through the harassment of, and threats to, journalists and media outlets. The increasing prevalence of hate speech is further fuelling tensions. Both these factors are deepening divisions between communities and exacerbating the crisis. All parties must take immediate steps to avoid incitement and radicalisation.

vii. Campaigning for the 25 May Presidential elections is well underway. Some candidates report arbitrary restrictions, conflicts and incidents, which impacts and curtails their ability to campaign with voters. Transparent, fair and democratic Presidential elections on 25 May are an important factor in contributing towards the de-escalation of tensions and restoration of law and order.

Quelle: Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, <<http://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/HRMMUReport15May2014.pdf>>

UNHCR says internal displacement affects some 10,000 people in Ukraine

GENEVA, May 20 (UNHCR) – The UN refugee agency on Tuesday said the tension in Ukraine had displaced an estimated 10,000 civilians and added that the number of people affected was continuing to rise.

“A needs assessment has recently been completed and we are working closely with local authorities, other UN agencies and NGO partners to help those who are most affected. So far this includes providing legal assistance, integration grants for 150 families, cash assistance for 2,000 people, and improved shelters for 50 families,” UNHCR spokesman Adrian Edwards told journalists in Geneva.

He said the displacement in Ukraine started before the March referendum in Crimea, that led to that region joining Russia, and has been rising gradually since. Registration numbers are being compiled on the basis of data UNHCR is receiving from local authorities.

Among the affected population are people who have been displaced twice—first from Crimea, and then again from the eastern part of the country. Most of those displaced are ethnic Tatars, although local authorities have also reported a recent increase in registrations of ethnic Ukrainians, Russians and mixed families.

At least a third of the displaced are children. Most IDP (internally displaced people) families are moving to central (45 per cent) and western Ukraine (26 per cent), though some are also located in the southern and eastern regions. The number of Ukrainian asylum-seekers in other countries has remained low.

“Among accounts we’re hearing from displaced people is that they have left either because of direct threats or out of fear of insecurity or persecution. Some report having received personal threats over the phone, via social media, or finding threatening messages left on their property,” Edwards said.

“People cite fear of persecution because of ethnicity or religious beliefs or, in the case of journalists, human rights activists and among intellectuals, due to their activities or professions. Others say they could no longer keep their businesses open,” he added.

The main challenges facing displaced people are access to social services, long-term shelter, transferring residence registration so that they can access their economic and social rights access to documentation, and access to liveli-

hoods. Help for IDPs is primarily being organized through regional governments, community-based organizations and through voluntary contributions by citizens.

People are being accommodated in shelters provided by local authorities, or staying in privately owned spaces, such as sanatoriums or hotels. Others are being hosted in private homes.

“However the capacity of host communities to support people is fast becoming exhausted,” Edwards said, adding: “The pressing needs include for more permanent shelter, more employment opportunities, and support for community-based and local organizations in developing long-term solutions for people who have become internally displaced.”

The spokesman said UNHCR welcomed a newly adopted law on the rights of displaced people from Crimea. The law includes safeguards relating to freedom of movement of Ukrainian citizens between Crimea and the rest of Ukraine. It also allows for identity cards to be restored and covers voting rights. Further work will be needed to ensure that displaced people enjoy full equality and the same rights and freedoms under international and domestic law as other citizens of Ukraine.

Quelle: <<http://www.unhcr.org/537b24536.html>>

CHRONIK

12. – 25. Mai 2014

12.05.2014	Der Polizeichef der Stadt Mariupol, Walerij Andruschtschuk, der am 9. Mai 2014 von Separatisten entführt worden war, kommt frei.
12.05.2014	Der von der neuen Regierung in Kiew eingesetzte Gouverneur der Region Donezk, Serhij Taruta, erkennt das am Vortag abgehaltene Referendum im Donbass nicht an und schlägt stattdessen vor, ein »legitimes«, konsultatives Referendum am Tag der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen, dem 15. Juni 2014, abzuhalten.
12.05.2014	Übergangspräsident Oleksandr Turtschinow erklärt, dass – entgegen den von den Separatisten angegebenen Werten zur Wahlbeteiligung von über 90 % – an den Referenden in Luhansk und Donezk etwa 24 % bzw. 32 % der Wahlberechtigten teilgenommen hätten.
12.05.2014	Der Kreml teilt mit, dass man die Meinungsäußerung der Bevölkerung im Donbass bei den Referenden vom Vortag »respektiere«. Nun solle Kiew in einen Dialog mit Vertretern aus Donezk und Luhansk eintreten.
12.05.2014	Laut Agenturmeldungen werden die Krim und Sewastopol zum 1. Juni 2014 den Zahlungsverkehr komplett auf russische Rubel umgestellt haben.
12.05.2014	Pawel Scheremeta, Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, kündigt einen sofortigen Subventionsstopp der ukrainischen Industrie an. Dieser solle sechs Monate andauern. Mit dem eingesparten Geld solle die Fortzahlung sozialer Programme gesichert werden.
13.05.2014	Ungarns Ministerpräsident Wiktor Orban fordert im ungarischen Parlament die doppelte Staatsbürgerschaft für ethnische Ungarn im ukrainischen Transkarpatien.
13.05.2014	Der russische Energiekonzern Gazprom stellt der Ukraine zum ersten Mal eine Rechnung für Vorauszahlung der abgenommenen Gasmenge aus. Für das im Juni gelieferte Gas soll die Ukraine etwa 1,66 Milliarden US-Dollar zahlen.
13.05.2014	Das Parlament verabschiedet einige Gesetze, welche die EU zur Bedingung einer Visaliberalisierung gemacht hatte – u. a. eines zum Schutz vor Diskriminierung und ein Antikorruptionsgesetz.
13.05.2014	Die Ukraine und die EU unterzeichnen eine Vereinbarung, nach der in den kommenden 15 Jahren etwa 1,6 Milliarden Euro Kredite an die Ukraine ausgezahlt werden. Ein weiterer Sofortkredit in Höhe von 355 Millionen Euro wird ebenfalls abgeschlossen.
13.05.2014	Im Internet taucht eine Audioaufnahme auf, die belegen soll, dass Separatisten am 9. Mai in Luhansk eine Familie erschossen haben. An diesem Tag waren an einem Grenzübergang in Luhansk Autos beschossen worden. Die Eltern eines zehnjährigen Mädchens waren dabei ums Leben gekommen.
14.05.2014	In Kiew findet der erste »Runde Tisch der nationalen Einheit« unter der Schirmherrschaft der ehemaligen Präsidenten der Ukraine, Leonid Kutschma und Leonid Krawtschuk, und mit Unterstützung der OSZE statt. Die pro-russische Separatisten nehmen an der Veranstaltung nicht teil.
14.05.2014	In Luhansk legen drei Separatisten aus einer Gruppe von 47, mit denen die Regierung in Kiew Gespräche führte, ihre Waffen nieder. Im Gegenzug erklärt die Staatsanwaltschaft, sie nicht strafrechtlich zu verfolgen.
14.05.2014	Die Verluste im Zusammenhang mit der russischen Annexion der Krim beziffert der ukrainische Justizminister Pawel Petrenko auf eine Trillion Hrywnja (etwa 60 Billionen Euro).
14.05.2014	Der im Donbass ansässige Unternehmer Rinat Achmetow spricht sich für eine geeinte Ukraine aus und fordert eine Verfassungsreform, die eine Dezentralisierung zum Ziel hat.
14.05.2014	In der Nähe von Kramatorsk im Gebiet Donezk finden erneut Kampfhandlungen statt. Es gibt Verletzte auf der Seite der ukrainischen Armee.
15.05.2014	Die EU öffnet ihre Grenzen für ukrainische Waren. 98 % der Zölle sind von diesem Tag an aufgehoben. Die Regelung gilt vorerst bis zum 1. November. Dann soll der wirtschaftliche Teil des Assoziationsabkommens in Kraft treten.
15.05.2014	Bewaffnete nehmen in den Gebieten Donezk und Luhansk die Gebäude mehrerer regionaler Wahlkommissionen ein. Sie hatten zuvor erklärt, dass sie die Durchführung der Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014 verhindern wollen.
15.05.2014	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz zur Durchführung von Wahlen in Gebieten, in denen Kriegshandlungen stattfinden. Laut dem Gesetz können Wahlkommissionen außerhalb ihres eigentlichen Bezirks tagen. Die Bewachung der Wahlkommissionen wird mit dem Gesetz verstärkt.
15.05.2014	Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Partei Vaterland, Andrij Iwantschuk, wird im Parlament dabei ertappt, wie er für sich selbst und vier weitere Abgeordnete abstimmt. Die elektronische Stimmabgabe hatte in den vergangenen Jahren immer wieder zu solchem Missbrauch geführt. Die Partei Vaterland hatte das Parlament mehrfach blockiert, um schärfere Sanktionen gegen den Missbrauch durchzusetzen, als Vertreter der Partei der Regionen wiederholt für andere Abgeordnete abgestimmt hatten.
16.05.2014	In Mariupol ansässige Betriebe des Unternehmers Rinat Achmetow unterzeichnen mit den separatistischen Kräften ein Memorandum über »gemeinsame Initiativen zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit« in Mariupol.
16.05.2014	Das Verfassungsgericht stellt klar, dass die Amtszeit des Präsidenten fünf Jahre beträgt – auch im Falle vorgezogener Wahlen. Am 25. Mai 2014 soll ein neuer Präsident gewählt werden.

16.05.2014	Die Ministerin für Sozialpolitik, Ljudmila Denisowa, erklärt, dass Sozialleistungen wie Renten aufgrund von Besetzungen der relevanten Behörden im Gebiet Donezk nicht ausgezahlt werden können.
16.05.2014	Die SKM-Gruppe des ukrainischen Unternehmers Rinat Achmetow kündigt an, keine Steuern an die vor einigen Wochen von Separatisten ausgerufenen »Republik Donezk« zu zahlen.
16.05.2014	Die Generalstaatsanwaltschaft deklariert die ausgerufenen Republiken in Donezk und Luhansk als terroristische Organisationen.
16.05.2014	Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Ukraine, Petro Simonenko, zieht seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen zurück. Die offizielle Frist, in der dies möglich war, ist jedoch bereits am 2. Mai abgelaufen, sodass sein Name auf den Wahlzetteln stehen wird.
17.05.2014	In Charkiw findet der zweite »Runde Tisch der nationalen Einheit« statt.
17.05.2014	In Luhansk verschwindet ein weiterer Journalist. Nach Angaben der UN-Kommissarin für Menschenrechte, Navanethem Pillay, sind im Osten der Ukraine seit dem Beginn der Unruhen bereits 23 Medienvertreter entführt worden.
17.05.2014	Der angebliche Oberkommandierende der Separatisten im Donbass, der russische Staatsbürger Igor Girkin (Pseudonym »Strelok«), ruft Frauen in der Region dazu auf, sich für freiwillige Kampfverbände zu melden. In einer Videoansprache beklagt er sich über die fehlende Bereitschaft der männlichen Bevölkerung, sich den Truppen anzuschließen.
18.05.2014	Übergangspräsident Turtschinow bittet in einem offiziellen Brief das Justizministerium, gegen die Kommunistische Partei der Ukraine wegen separatistischer Bestrebungen ein Verbotsverfahren einzuleiten.
19.05.2014	In Slawjansk im Gebiet Donezk finden wieder Kämpfe zwischen Separatisten und der ukrainischen Armee statt. Mindestens ein Mensch kommt ums Leben.
19.05.2014	Der russische Präsident Wladimir Putin beendet die Manöver der russischen Armee in der Nähe der ukrainisch-russischen Grenze und ordnet den Truppenabzug an. Die NATO und die USA erklären später am Tag, dass sie den Abzug nicht bestätigen können.
19.05.2014	Im Gebiet Donezk wird die Vorsitzende einer regionalen Wahlkommission entführt.
19.05.2014	Serhij Taruta, Gouverneur des Gebiets Donezk, ruft für den 21. Mai 2014 einen »Runden Tisch der nationalen Einheit« im Gebiet Donezk aus. Taruta ruft Vertreter politischer und gesellschaftlicher Organisationen und Angehörige der Regierungen der östlichen Gebiete auf, sich an dem Dialog zu beteiligen.
19.05.2014	In Mariupol wird ein »Friedensmarsch«, zu dem auch der Unternehmer Rinat Achmetow aufgerufen hatte, abgesagt. Bewaffnete Vertreter der »Volksrepublik Donezk« hatten damit gedroht, Gewalt einzusetzen.
19.05.2014	In einer Videoansprache ruft der Donezker Unternehmer und »Oligarch« Rinat Achmetow zu einem Streik in seinen eigenen Fabriken auf, um gegen den Separatismus in Donezk zu protestieren. Er spricht sich damit zum ersten Mal offen gegen die separatistischen Bestrebungen aus.
20.05.2014	Separatisten in Donezk beantworten die Erklärung des Unternehmers Rinat Achmetow gegen die »Volksrepublik Donezk« mit der Androhung, den Besitz Achmetows zu »verstaatlichen«.
20.05.2014	Der russische Ministerpräsident Dmitrij Medwedew erklärt in einem Interview, dass die Aufgabe aller darin bestehe, die Situation in der Ukraine zu beruhigen. Russland könne die territoriale Integrität der Ukraine nicht garantieren, da es nie eine derartige Verantwortung angenommen habe. Medwedew erklärt, dass Russland die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl nicht anerkennen werde.
20.05.2014	In Donezk findet aus Protest gegen die Separatisten in der Region ein Autokorso statt. Bewaffnete Kämpfer drohen, zur Unterstützung hupende Autos zu zerstören. In den Fabriken des »Oligarchen« Rinat Achmetow finden anlässlich des Protests Warnstreiks statt.
20.05.2014	Das Parlament beschließt, den im Osten der Ukraine eingesetzten Soldaten zu erlauben, an ihrem jeweiligen Einsatzort an den Präsidentschaftswahlen teilzunehmen.
20.05.2014	Das Parlament verabschiedet ein »Memorandum der Verständigung und des Friedens«, in dem der russischen Sprache ein besonders geschützter Status zugesichert wird. Die Fraktionen der Partei der Regionen und der Partei Freiheit stimmen geschlossen nicht ab.
20.05.2014	Laut Angaben der Vereinten Nationen sind bereits etwa 10.000 Menschen von der Krim und Regionen im Osten der Ukraine an andere Orte innerhalb des Landes umgesiedelt.
21.05.2014	In Mykolaiw findet der dritte »Runde Tisch der nationalen Einheit« statt.
21.05.2014	Zwei weitere Wahlkommissionen werden von separatistischen Kräften besetzt. In den Gebieten Donezk und Luhansk sind nun 13 von insgesamt 34 Wahlkommissionen blockiert.
21.05.2014	Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier verwehrt sich gegen Vorschläge einer militärischen Lösung des Konflikts. Die Möglichkeiten zu einer solchen Variante würden überschätzt. Er erteilt zudem der von NATO-Vertretern geforderten Aufrüstung der westeuropäischen Staaten eine Absage.
22.05.2014	Walerij Bolotow, Anführer der Separatisten in Luhansk, wendet sich in einer Videobotschaft an den russischen Präsidenten Wladimir Putin, und bittet ihn um die Entsendung von »Friedenstruppen«. Die ukrainische Armee habe die Zivilbevölkerung angegriffen.

22.05.2014	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk bittet um die außerplanmäßige Einberufung einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates. Er beschuldigt Russland, den Konflikt in der Ostukraine zu schüren und die Präsidentschaftswahlen sabotieren zu wollen.
22.05.2014	Laut NATO-Angaben laufen Vorbereitungen für einen Abzug russischer Truppen von der Grenze zur Ukraine.
22.05.2014	Die Pressesprecherin des EU-Energiekommissars Günther Oettinger erklärt, dass europäische Gasunternehmen in Zukunft das Gas des russischen Energiekonzerns Gazprom an der Ostgrenze der Ukraine kaufen könnten.
22.05.2014	Im Donbass sind mittlerweile 18 der 34 Wahlkommissionen besetzt.
22.05.2014	Bei Wolnowacha im Gebiet Donezk kommt es zu einem Gefecht zwischen der ukrainischen Armee und pro-russischen Kämpfern. 16 Menschen sterben, davon dreizehn Angehörige der ukrainischen Streitkräfte.
22.05.2014	Die Weltbank vereinbart mit der Ukraine einen Hilfskredit über 1,48 Milliarden US-Dollar. Der Kredit ist Teil eines Hilfsprogramms im Umfang von insgesamt 3,5 Milliarden US-Dollar.
23.05.2014	In Sewerodonezk im Gebiet Luhansk entführen Separatisten den regionalen Abgeordneten der Partei Vaterland Serhij Samarskij.
23.05.2014	Bei Rubishne im Gebiet Luhansk kommt bei Kämpfen ein Soldat der ukrainischen Armee ums Leben. Drei weitere werden verletzt.
23.05.2014	Präsidentschaftskandidat Petro Poroschenko erklärt, dass die Ukraine die erste Phase des Plans zur Visaliberalisierung mit der EU abgeschlossen habe und nun die zweite beginne.
23.05.2014	Julija Timoschenko spricht sich für eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO aus und schlägt vor, am 15. Juni darüber ein landesweites Referendum abzuhalten.
24.05.2014	Die Generalstaatsanwaltschaft gibt bekannt, dass in den Gebieten Donezk und Luhansk bisher 83 Verfahren wegen Behinderung von Wahlvorbereitungen registriert worden seien. In den genannten Gebieten besetzen Separatistengruppen seit mehreren Tagen Gebäude von Wahlkommissionen.
24.05.2014	US-Präsident Barack Obama, Bundeskanzlerin Angela Merkel und der russische Präsident Wladimir Putin drücken in einem Telefongespräch ihre Hoffnung auf eine ruhige, störungsfreie Präsidentschaftswahl in der Ukraine am kommenden Tag aus.
25.05.2014	Nach ersten Exit-Polls erhält der Unternehmer und Politiker Petro Poroschenko bei der vorgezogenen Präsidentschaftswahl im ersten Wahlgang etwa 56% der Stimmen. Julija Timoschenko erhält 13%, Oleh Ljaschko 9%. Die Wahlbeteiligung liegt nach ersten Angaben (jedoch ohne die Gebiete Shytomyr, Tschernihiw, Tscherkassk, Donezk und Luhansk) bei etwa 60%. Die höchste Wahlbeteiligung wird mit 78% im Gebiet Lwiw festgestellt.
25.05.2014	Bei den Präsidentschaftswahlen werden – abgesehen von den Gebieten Donezk und Luhansk – keine größeren Unregelmäßigkeiten festgestellt. In Donezk wird jedoch lediglich in neun von 22 Wahlkreisen gewählt.
25.05.2014	Bei den Bürgermeisterwahlen in Kiew erhält Witalij Klitschko von der Partei UDAR nach ersten Exit-Poll-Daten 55% der Stimmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter

<https://twitter.com/laenderanalysen>